

AKTUELLE

UNTERLAGE

WIR BRINGEN DIE WIRTSCHAFT INS KLASSENZIMMER

INFLATION WIRD HOHE INFLATION WIEDER ZUM THEMA?

Ideelle und materielle Unterstützung erhalten wir von unseren Projektpartnern:

INHALT

	Dr. Ralf Kronberger
1. Einleitung – Was ist Inflation?	3
2. Welchen Zweck erfüllen die Preisindizes?	4
3. Wie wird Inflation gemessen?	6
4. Welche Effekte kann eine hohe Inflationsrate bringen?	7
5. Ursachen und Bekämpfung der Inflation	11
5.1 Ursachen und Bekämpfung der Nachfrageinflation	11
5.2 Ursachen und Bekämpfung der Angebotsinflation	13
5.3 Entstehung und Bekämpfung der Geldmengeninflation	16
6. Entwicklung der Inflation in Österreich	17
7. Ausblick	20
8. Glossar	23
9. Quellen	25

DIDAKTIK

Dr. Ralf Kronberger
Mag. Josef Wallner , Gudrun Dietrich

Übungsblätter	26
Lösungsvorschläge	35
Kopiervorlagen	38

978-3-9502430-8-6

Zum Autor: Dr. Ralf Kronberger ist Leiter der Abteilung für Finanz- und Handelspolitik in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Lektor an der FH Wiener Neustadt und der FH des bfi.

Hinweise: Die mit * gekennzeichneten Begriffe werden im Glossar erklärt.

Weitere zum Thema passende Presstexte finden Sie als Ergänzung zur Aktuellen Unterlage wie auch unter der Rubrik „WirtschaftspressePLUS“ auf unserer Website: <http://wko.at/aws>.

Im Sinne einer leichten Lesbarkeit werden geschlechtsspezifische Bezeichnungen nur in ihrer männlichen Form angeführt

1 EINLEITUNG – WAS IST INFLATION?

Inflation als Thema war während der letzten Jahre stark in der öffentliche Diskussion präsent. Vielfach wurde in Zeitungen und Zeitschriften die Erinnerung an vergangene Perioden hoher Inflation geweckt, wie beispielsweise jene der Zwischenkriegszeit in Österreich oder Deutschland. Die damals extrem hohen Inflationsraten mit Preissteigerungen von über 50 % pro Monat verbindet man mit der sogenannten **Geldmengeninflation**. Sie hat ihre Ursache in einer über die Steigerung des Warenangebots hinausgehenden übermäßigen Geldmenge.

DIE HYPERINFLATION IN ÖSTERREICH 1914 BIS 1923

Die Hyperinflation in Österreich 1914 bis 1923: Verbraucherpreisindex, Banknotenumlauf und Dollarkurs (Juli 1914 = 1, halblogarithmischer Maßstab)

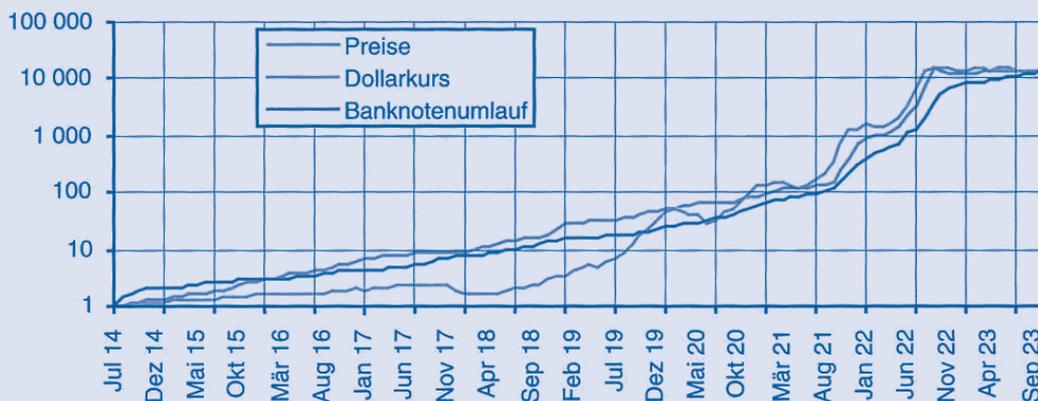


Abbildung 1: Die Hyperinflation in Österreich 1914 bis 1923, Quelle: Sandgruber, R. (1995)

Heute spricht man von Inflationsprozessen, wenn **Preissteigerungen** bei Waren und Dienstleistungen auf **breiter Front** vorliegen. Steigerungen des Preisniveaus erstrecken sich über **mehrere Perioden**.

Formal ist Inflation: $100 \cdot (P_t - P_{t-1}) / P_{t-1}$

Das Preisniveau der Vorperiode P_{t-1} wird vom Preisniveau der aktuellen Periode P_t abgezogen und durch das Preisniveau der Vorperiode P_{t-1} dividiert und mit 100 multipliziert, um so auf die Inflationsrate in Prozent zu kommen.

Zwei Inflationstypen werden unterschieden, je nachdem ob einmalige Ereignisse bzw. stark schwankende Preise aus unruhigen Märkten berücksichtigt werden oder nicht.



■ Mit der **Headline-Inflation** werden die Änderungen der Preisniveaus beispielsweise des Verbraucherpreisindizes an Hand des gesamten Warenkorbes gemessen. Dadurch, dass der gesamte Warenkorb für die Indexbildung herangezogen wird, wird der Preisindex auch von Märkten beeinflusst, die jähren und großen Preisschwankungen unterliegen, wie jene der Energie oder Nahrungsmittel. Das bedeutet, dass beispielsweise einmalige Ereignisse wie jähre Preisanstiege des Erdöls oder auch Preisanstiege bei Nahrungsmitteln auf Grund einmaliger Ernteaussfälle durch Unwetter im Preisindex abgebildet werden und so in die Inflation mit einfließen.

■ Bei der **Kerninflation** werden die Produktgruppen, deren Preise durch die zuvor beschriebenen zufälligen Ereignisse (temporäre Schocks) streuen, ausgeklammert. Dadurch versucht man den grundlegenden Trend in den Lebenshaltungskosten jenseits temporärer Einflüsse besser darstellen zu können.

Die Wirtschaftsexperten sind sich uneinig, ob die Headline-Inflation oder die Kerninflation das bessere Maß ist. Letztlich ist aber der **Verbraucherpreisindex**, der die Headline-Inflation abbildet, das gängigste und auch in der Bevölkerung **bekanntes Inflationsmaß**.

2. WELCHEN ZWECK ERFÜLLEN DIE PREISINDIZES?

Preisniveauänderungen werden an Hand von Preisindizes gemessen. Diese werden meist in kurzen Zeitabständen berechnet. Preisindizes sind wichtige **Konjunkturindikatoren**. Der breiten Öffentlichkeit dienen sie als **Maßstab** der **allgemeinen Teuerung**. Darüber hinaus werden sie für makroökonomische Analysen verwendet und bilden die Grundlage für viele wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. So ist beispielsweise im EG-Vertrag niedergeschrieben, dass es das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken ist, die **Preisstabilität** zu gewährleisten. Im Eurosystem ist die Preisstabilität als ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von unter, aber nahe 2 % gegenüber dem

Vorjahr definiert. In der längerfristigen Betrachtung (Jahresabstand, längere Zeitreihen) geben Preisindizes Auskunft über die **Stabilität** des **Geldwertes**, weshalb sie auch gerne zur **Wertsicherung** in Verträgen herangezogen werden (Wertsicherungsklauseln). Beispielsweise werden die Richtwertmieten, an die Jahresdurchschnittsinflation gemessen durch den Verbraucherpreisindex der beiden Vorjahre, alle zwei Jahre angehoben. Bei Versicherungspolizzen werden die Prämien meist jährlich an die Wertsteigerung der zu versichernden Leistungen oder Gegenstände angepasst. Diese Anpassungen orientierten sich an den Veränderungen eines bestimmten Indizes (Verbraucherpreisindex bei der Haushaltsversicherung; Baukostenindex bei der Eigenheimversicherung).

ÖSTERREICHISCHES PREISINDIZES 2005 - 2009				
Jahr	VPI Verbraucher- preisindex	HVPI Harmonisierter Verbraucher- preisindex	Mikro-WK Mikro Warenkorb (tägliches Einkauf)	Baupreisindex Baumeister
2005	100,00	100,00	100,00	100,0
2006	101,5	101,69	101,6	102,3
2007	103,7	103,93	106,7	106,0
2008	107,0	107,28	113,2	110,8
2009	107,5	107,71	113,0	112,6

Tabelle 1: Österreichisches Preisindizes 2005 - 2009, Quelle: Statistik Austria

In Tabelle 1 sind der Verbraucherpreisindex, der harmonisierte Verbraucherpreisindex, der Mikrowarenkorb und der Baupreisindex abgebildet. Der Mikrowarenkorb und der Baupreisindex sind spezielle Preisindizes, die jeweils nur einen Ausschnitt aus dem allgemeinen Preisindex darstellen. Sowohl der Mikrowarenkorb (+13 %) – in diesen Index fließen 20 Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs ein¹ – wie auch der Baupreisindex (+12,6 %) zeigen stärkere Preissteigerungen als der Verbraucherpreisindex (+7,5 %). Im Mikrowarenkorb finden sich Nahrungsmittel des täglichen

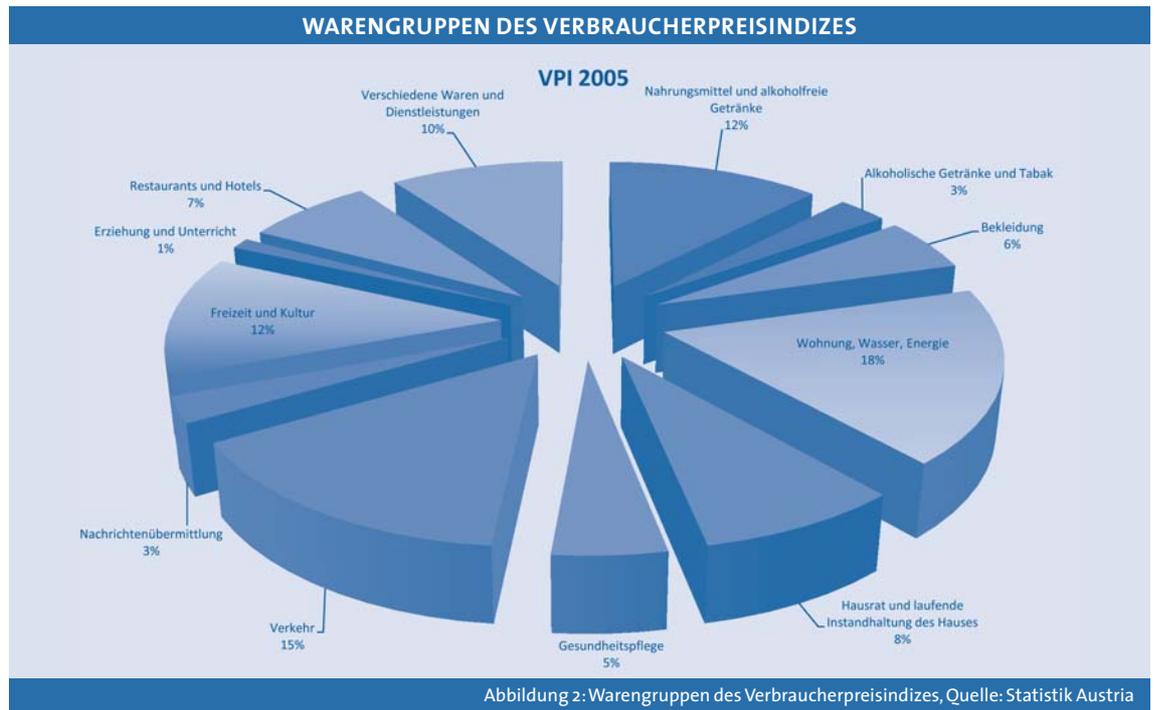
Bedarfs, wodurch Preisänderungen bei diesen Artikeln stärker wahrgenommen werden, als bei Leistungen oder Gütern, die weniger oft konsumiert werden. Der Baupreisindex hat praktische Bedeutung beim Abschluss von Bauverträgen. Beispielsweise nach einem längeren Baustopp können mögliche Baupreissteigerungen über die jeweiligen Preisindizes für die entsprechende Bauleistung ermittelt werden. Im Bauvertrag kann eine Regelung inkludiert sein, die die veränderten Preise für den Bauherren an Hand des Baupreisindizes bei einem Baustopp neu festlegt.



¹ Der Mikrowarenkorb-Index setzt sich aus den Positionen Spezialbrot, Gebäck, tiefgekühlte Pizza, Topfengolatsche, Karee, Putenbrustfleisch, Toastschinken, Vollmilch, Fruchtojogurt, Gouda, Butter, Tafeläpfel, Tomaten, Kartoffeln, Vollmilchschokolade, Mineral-/Tafelwasser, Orangensaft, Flaschenbier, Belegtes Gebäck, Tageszeitungen, Kaffee (Melange/Verlängerter) zusammen.

3. WIE WIRD INFLATION GEMESSEN?

Das gängigste Preisniveaumaß ist der zuvor schon erwähnte **Verbraucherpreisindex (VPI)**. Er bildet die Veränderung der Preise der von den **privaten Haushalten konsumierten Güter und Dienstleistungen** ab. Der VPI wird neben seiner Rolle als allgemeiner Inflationsindikator für die Wertsicherung von Geldbeträgen verwendet, er ist aber auch Datenbasis für Lohnverhandlungen.



Grundlage ist ein möglichst repräsentativer Warenkorb, der das typische Kaufmuster von Sachgütern und Dienstleistungen eines durchschnittlichen Konsumenten, also die durchschnittliche Ausgabenstruktur, widerspiegeln soll.

Die Auswahl der in die Preiserhebung einbezogenen Waren und Dienstleistungen (Indexpositionen) soll ein durchschnittliches Verbrauchsverhalten repräsentieren. Deren Anzahl bestimmt die Komplexität der Preiserhebung und die Detailtiefe der verfügbaren Auswertungen. Die Zahl der repräsentativen Indexpositionen erhöhte sich von 197 Gütern im VPI 1958 auf 770 Waren und Dienstleistungen im neuen VPI 2005, die in zwölf Gruppen unterteilt sind.

Die Berechnung des Verbraucherpreisindizes basiert auf dem Laspeyres²-Konzept. Das bedeutet, dass in der Basisperiode, im vorliegenden Fall das Jahr 2005, Waren und Dienstleistungen für den Warenkorb ausgewählt werden und diese dann bis zur nächsten Revision möglichst konstant gehalten werden. Der Laspeyres-Index ermittelt sich wie folgt: Der Preis des Warenkorbes des Basisjahres (Gewicht des einzelnen Gutes im Warenkorb wird multipliziert mit dem Preis des betrachteten Gutes. Die Summe der gewichteten Preise ergibt so den Nenner) steht im Nenner und der Warenkorb des jeweils betrachteten (Folge)jahres steht im Zähler. Die Preise der betrachteten Güter und Dienstleistungen (80.000) werden monatlich bei 8.400 mitwirkenden Haushalten, die über 20 österreichische Städte verteilt sind, erhoben.

² Etienne Laspeyres (1834 – 1913), deutscher Nationalökonom und Statistiker

Im VPI sind nur die Ausgaben der Österreicher (Inländerkonzept) beinhaltet.³ Der Konsum von Touristen und Geschäftsreisenden ist damit in der Befragung und der darauf basierenden Berechnung des VPI nicht berücksichtigt.



Warum ist die wahrgenommene Inflation „anders“ als die statistisch Gemessene?

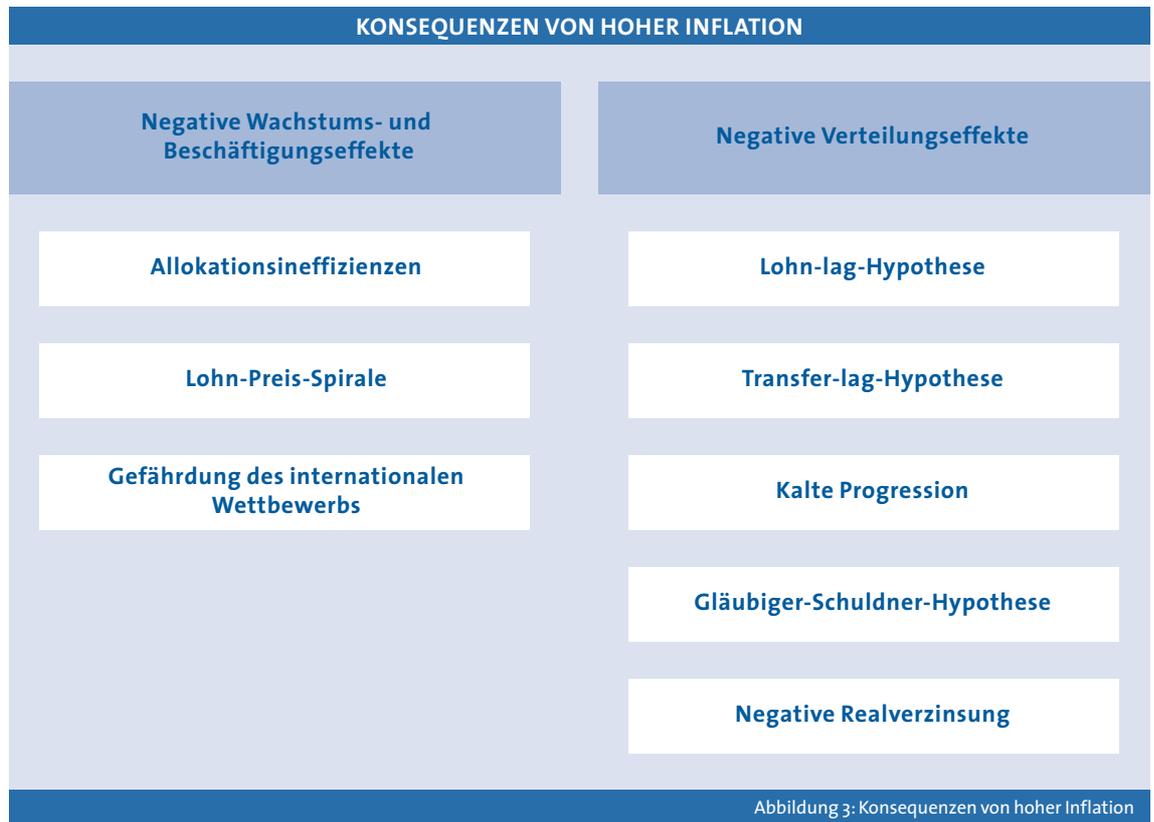
Unter wahrgenommener Inflation ist das individuelle Empfinden und die Wahrnehmung von Preisänderungen der Bevölkerung zu verstehen. Während der letzten Jahre war die wahrgenommene Inflation um bis zu 1,3 %-Punkte höher als die tatsächlich an Hand des Verbraucherpreisindex gemessenen Inflationen. Dies ist durch eine Reihe von Einflussfaktoren bedingt: Diese können psychologischer – z.B. bei Gütern und Leistungen des täglichen Bedarfs werden Preisänderungen bewusst wahrgenommen – oder, wie im Falle der Euro-Bargeldumstellung, spezieller Natur sein, wodurch eine Quantifizierung der wahrgenommenen Inflation erschwert wird. Um Aussagen zur Entwicklung der wahrgenommenen Inflation machen zu können, werden derzeit die Umfrageergebnisse des Consumer Confidence Barometer der Europäischen Kommission – die für alle EU-Länder monatlich durchgeführt werden und damit internationale Vergleiche ermöglichen – herangezogen. Üblicherweise wird dazu der Saldo aus „Preise sind gestiegen“ und „Preise sind gefallen“-Antworten verwendet. Alternativ dazu kann aus den Umfrageergebnissen auch eine wahrgenommene Inflationsrate geschätzt werden. Deren Berechnung ist jedoch sehr leicht angreifbar, da dabei sehr spezielle Annahmen getroffen werden.

4. WELCHE EFFEKTE KANN EINE HOHE INFLATIONSRATE BRINGEN?

Die Konsequenzen von hoher Inflation kann man in zwei große Gruppen einteilen. Zu der Gruppe „negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte“ zählen Allokationsineffizienzen, die Lohn-Preis-Spirale und Gefährdung des internationalen Wettbewerbs. Die zweite Gruppe spiegelt den Verteilungskampf, der

durch Inflation entsteht, wider. Unter diese Gruppe „negative Verteilungseffekte“ fallen die Lohn-lag-Hypothese, die Transfer-lag-Hypothese, die kalte Progression, die Gläubiger-Schuldner-Hypothese sowie die negative Realverzinsung.

³ Insgesamt werden daher 13,45 % vom HVPI für die Ausgaben der Ausländer in Österreich abgezogen.



1. Allokationsineffizienzen: Im Englischen wurde der Begriff der „shoeleather costs“ geprägt. Durch hohe Inflation und damit hohe Nominalzinsen macht es wenig Sinn, hohe Beträge in Bargeld zu halten. In einer inflationären Wirtschaft werden die Akteure in der Wirtschaft eher geringe Bargeldmengen halten und daher entsprechend häufig zur Bank gehen, um für die Bankeinlagen Zinsen zu erhalten. Dies führt dazu – bildlich gesprochen – auf Grund der zahlreichen Wege zur Bank zu einer „Abnutzung der Schuhsohlen“. Weiters haben die Unternehmer hohe Aufwände, wenn sie häufig die Produktpreise ändern und neu auszeichnen müssen. Diese Preisänderungen können mit Kosten verbunden sein, beispielsweise weil neue Kataloge gedruckt und verteilt werden müssen.

Diese Kosten werden als „menu costs“ bezeichnet. Restaurants müssen umso öfter ihre Speisekarten drucken und erfahren dadurch Kosten, umso höher die Inflationsrate ist. Wenn nun bei hoher Inflation die Unternehmer auf Grund der menu costs nicht so häufig ihre Preise ändern, führt dies dazu, dass die relativen Preise –

das Preisverhältnis eines Gutes zu einem anderen – stärker schwanken. Wenn etwa der Unternehmer weniger häufig seine Preise anpasst, wird der Kunde warten, bis das Produkt durch die Inflation für ihn möglichst „billig“ wird. Wenn der Unternehmer nach einer längeren Zeitspanne die Preise erhöht, tut er dies möglicherweise wieder stärker als es die Inflationsrate erwarten lassen würde. Große Preisschwankungen und damit mikroökonomische Ineffizienzen bei der Allokation sind die Folge.

2. Lohn-Preis-Spirale: Ein hoher Organisationsgrad der Arbeitnehmer vorausgesetzt (z.B. einflussreiche Gewerkschaften) setzen die Arbeitnehmer hohe Lohnforderungen durch, die zu einem Auftrieb der Inflation führen. Kurzfristig können die Arbeitnehmer zwar höhere Einkommen erzielen. Mittel- bis langfristig kann der Druck auf den Arbeitsmarkt steigen, da die Unternehmen mit Kündigungen reagieren können, um die Kosten niedrig zu halten (z.B. durch Produktionsverlagerung oder durch verstärkt kapitalintensive Produktion).

Wirtschaften unter Hyperinflation

Noch deutlicher werden Kosten hoher Inflation bei Hyperinflation: Die shoeleather costs steigen noch stärker. Wenn das Geld noch schneller an Wert verliert, müssen Geschäftsleute noch mehr Zeit und Energie in das Management ihrer Kassenhaltung stecken. Die Zeit fehlt ihnen dann für ökonomisch wertvollere Aktivitäten wie Produktions- und Investitionsentscheidungen. Auch die menu costs steigen noch drastischer an: Beispielsweise während der argentinischen Hyperinflation in den 80er Jahren waren die Angestellten im Handelsgeschäft mit nichts anderem beschäftigt als laufend neue Preise an den Produkten anzubringen. Die Arbeitnehmer bekamen ihren Lohn täglich ausbezahlt und liefen sofort in das Geschäft, um noch etwas für ihr Geld zu bekommen, bevor die Preise noch weiter anstiegen. Die Steuerungs- und Signalfunktionen der Preise gehen in einer solchen Situation fast komplett verloren. In hyperinflationären Wirtschaften verliert das Geld seine Funktionen als Wertaufbewahrungsmittel, als Recheneinheit wie auch als Tauschmittel. Die Akteure weichen zu anderen Währungen aus (z.B. Dollar) oder gehen sogar zum Naturaltausch über.

3. Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit: Stellt man die drei Mitglieder der Eurozone Irland mit einer jährlichen durchschnittlichen Inflationsrate von 1,3 % zwischen 2005 und 2010, Österreich mit einer jährlichen durchschnittlichen Inflationsrate von 1,8 % und Griechenland mit einer jährlichen durchschnittlichen Inflationsrate von 2,6 % einander gegenüber, so werden die Güter und Dienstleistungen in Irland zwischen 2005 und 2010 kumuliert um 8 %, in Österreich um 11,3 % und in Griechenland um 16,6 % teurer. Davon ausgehend, dass die Preise der Exportprodukte in einem ähnlichen Ausmaß steigen wie der gesamte Warenkorb, erkennt man, dass die Iren die billigsten Exportprodukte haben und die Griechen die Teuersten. Durch die hohen Inflationsraten und damit höheren Exportpreisen sind in diesem Fallbeispiel Österreich und noch mehr Griechenland international weniger wettbewerbsfähig als Irland.

4. Lohn-lag-Hypothese: Sie besagt, dass wenn die Lohneinkommen langsamer als das Preisniveau wachsen, sinken die Realeinkommen der Unselbstständigen. In einem solchen Fall käme es zur Umverteilung von den Arbeitnehmern an die Arbeitgeber. Stellt man in Österreich die Entwicklung des Tariflohnindex⁴ jener des VPI gegenüber, so zeigt sich, dass die Arbeitnehmer in dieser Zeit reale Lohnsteigerungen erfahren haben. Die Inflation betrug in den letzten neun Jahren kumuliert 17,4 %, während der Tariflohnindex um 25,4 % stieg. Der Reallohnzuwachs der Arbeitnehmer betrug also 8 % während der letzten neun Jahre.

5. Transfer-Lag-Hypothese: Transferbezieher (z.B. Bezieher der Familienbeihilfe) müssen Realverluste hinnehmen, wenn die Inflation steigt, aber die Geldtransfers – wie die Familienbeihilfe – nicht im gleichen Ausmaß wie die Inflation angehoben werden. Beispielsweise wurde die Familienbeihilfe am 1. Jänner 2003 für das erste Kind im Alter zwischen 0 und 3 Jahren auf 105,40 Euro festgesetzt. Dieser Betrag wurde erst wieder im Jahr 2008 geändert, als die Familienbeihilfe in gleicher Betragshöhe zusätzlich ein dreizehntes Mal ausbezahlt wurde, was einer Erhöhung von 8,3 % entsprach. Zwischen Jänner 2003 und Dezember 2007 betrug der reale Einkommensverlust auf Grund der Inflation bei der Familienbeihilfe 10,8 %. Die Bezieher der Familienbeihilfe mussten zwischen 2003 und 2007 wegen steigender Inflation somit ansteigende Realverluste hinnehmen.

6. Kalte Progression ist die Bezeichnung für eine Steuermehrbelastung, die dann eintritt, wenn Lohnerhöhungen nicht höher als die Inflationsrate sind und gleichzeitig die Einkommensteuersätze bzw. die dazugehörigen Steuergrenzen nicht der Inflationsrate angepasst werden. In Österreich ist der Einkommenssatz progressiv gestaltet: Einkommen bis 11.000 Euro sind steuerfrei, zwischen 11.000 und 25.000 Euro wird jeder zusätzliche Euro mit 36,5 % Einkommensteuer belastet, zwischen 25.000 und 60.000 Euro mit 43,2 % und jeder Einkommenseuro über 60.000 Euro wird mit 50 % Steuer belastet. Die Steuergrenze für den höchsten Steuersatz (50 %) betrug zwischen Anfang

⁴ Der Tariflohnindex misst die Mindestlohnentwicklung auf Basis von ausgewählten Lohn- und Gehaltspositionen. Die Mindestlöhne werden i.d.R. jährlich durch Kollektivverträge, Betriebsvereinbarungen oder durch Gesetze festgelegt.

1989 und Ende 2008 51.000 Euro. Im Rahmen der Steuerreform 2009/2010 wurde die Steuergrenze von 51.000 Euro auf 60.000 Euro angehoben. Wenn also ein Einkommensbezieher 1989 knapp unter 51.000 Euro – z.B. 50.999 Euro verdiente – wurde er im oberen Einkommensbereich mit etwas über 40 % besteuert. Wenn dieser Einkommensbezieher sein Einkommen gleich stark steigern konnte, wie das allgemeine Preisniveau stieg, dann stieg sein Einkommen zwar nominell, seine Kaufkraft blieb aber gleich. Von Anfang 1989 bis Ende 2008 betrug die Inflation 56,1 %, das betrachtete Einkommen stieg auf 79.625 Euro. Nur auf Grund der Inflation und des progressiven Einkommenstarifes wurden dem Einkommensbezieher die oberen 28.626 Euro mit dem höchsten Steuersatz (50 %) besteuert, obwohl seine Kaufkraft in all den Jahren nicht stieg. Auf Grund der progressiven Besteuerung verlor er de facto an realer Kaufkraft. Die im Rahmen der Steuerreform 2009/2010 um 17,6 % erhöhte Steuergrenze glich lediglich rund ein Drittel des so entstandenen Kaufkraftverlustes aus. Die kalte Progression wurde in diesem Einkommensbereich nur zu einem kleineren Teil durch die letzte Steuerreform entschärft. Gesamtwirtschaftlich beschert der progressive Einkommensteuertarif in Verbindung mit nominell fixierten Steuergrenzen dem Staat bei Wachstum stark steigende Steuereinnahmen. Wenn das Bruttoinlandsprodukt um 1 % wächst, steigen die Lohn- und Einkommensteuereinnahmen um rund 2 %.

7. Gläubiger-Schuldner-Hypothese: Kommt es zur Inflation, so verliert die Forderung des Kreditgebers sukzessive an Kaufkraft. Dagegen können die Schulden im Laufe der Zeit vom Kreditnehmer (Schuldner) immer mühelo-

ser zurückbezahlt werden, sofern seine Einkommen inflationsbedingt steigen. Inflationsverlierer ist folglich der Gläubiger, während der Schuldner als Gewinner der Inflation hervorgeht. Dieses Phänomen trifft auf den gewöhnlichen Privatkunden oder Kommerzkredit genauso zu, wie auf das Begeben von Staatsanleihen. So kann ein Staat versuchen, durch ein bewusstes Höherstreben der Geldmengeninflation seine Staatsschulden zu Lasten der Gläubiger zu entwerten.

8. Negative Realverzinsung: In inflatorischen Zeiten ist zu beobachten, dass die tatsächlich bezahlten Zinsen für Finanzaktiva (Sparbücher, Bundesschatz etc.) unterhalb der Inflationsrate liegen. In der nachfolgenden Tabelle sind die nominellen Einlagenzinssätze für täglich fällige Spareinlagen für die Jahre 2006 bis 2008 dargestellt. In allen drei Jahren ist die Inflation höher als der Einlagenzinssatz, wodurch der Sparer Realverluste im Durchschnitt zwischen 0,2 und 0,82 % hinnehmen muss – dabei ist der Abzug der Kapitalertragsteuer (25 %) noch gar nicht berücksichtigt. Dieses Verhältnis dreht sich erst um, wenn höhere Laufzeiten (Bindefristen für die Spareinlagen) von bis zu zwei Jahren und über zwei Jahren für die Einlagen betrachtet werden. Ähnlich stellt sich die Situation beim Bundesschatz dar: Mit Stand 31. Jänner 2010 betrug die Zinsen für die Laufzeiten ein Monat 0,1 %, drei Monate 0,3 %, sechs Monate 0,6 %, zwölf Monate 0,8 %, zwei Jahre 1,1 % und vier Jahre 2,25 %. Die mittelfristigen Wirtschaftsprognosen mit Stand Jänner 2010 schätzen für die Periode 2010 bis 2014 eine durchschnittliche Jahresinflation von 1,5 %. Um also beim Bundesschatz keine negativen Realzinsen zu erleiden, müsste eine Laufzeit von mindestens vier Jahren gewählt werden.

REAL- UND NOMINALZINSEN VON SPAREINLAGEN MIT UNTERSCHIEDLICHEN BINDEFRISTEN			
	2006	2007	2008
Jahresinflation (% p.a.)	1,5	2,2	3,2
Einlagenzinssätze gemäß OeNB-Statistik (% p.a.)			
Täglich fällig Spareinlagen nominell	1,3	1,84	2,38
Täglich fällig Spareinlagen real (abzügl. Inflation)	-0,2	-0,36	-0,82
mit vereinbarter Laufzeit bis 2 Jahre nominell	2,15	3,16	3,88
mit vereinbarter Laufzeit bis 2 Jahre real (abzügl. Inflation)	0,65	0,96	0,68
mit vereinbarter Laufzeit über 2 Jahre nominell	2,98	3,16	3,52
mit vereinbarter Laufzeit über 2 Jahre real (abzügl. Inflation)	1,48	0,96	0,32

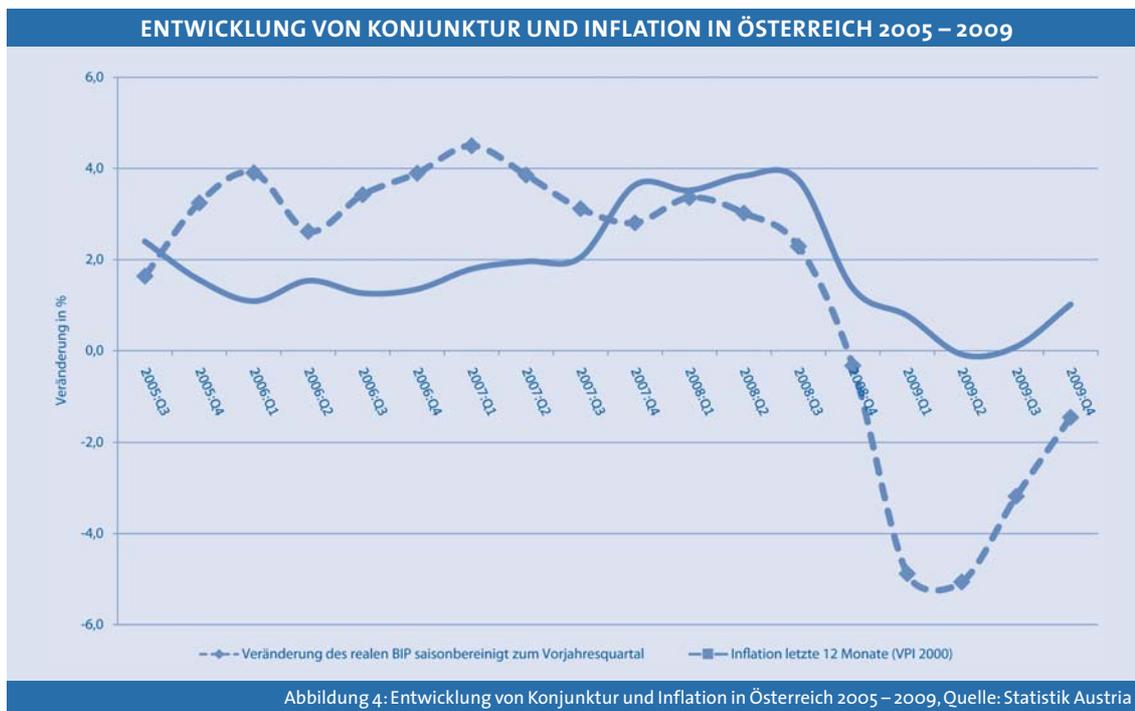
Tabelle 2: Real- und Nominalzinsen von Spareinlagen mit unterschiedlichen Bindefristen, Quelle: OeNB, Statistik Austria, eigene Berechnungen

5. URSACHEN UND BEKÄMPFUNG DER INFLATION

Inflation hat unterschiedliche Ursachen, wodurch unterschiedliche Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung notwendig werden. Grundsätzlich kommt es dann zu Steigerungen des Preisniveaus, wenn die Marktmächte dies bedingen. Dahinter steht das **Zusammenwirken** von **Angebot** und **Nachfrage**. Käufer bzw. Verkäufer als gesellschaftliche Gruppen haben Einfluss auf die Preissteigerungen. Sind die **Gründe** für die **Erhöhung des Preisniveaus** den **Käufern** zuzurechnen, so wird dies als **Nachfrageinflation** bezeichnet. Wenn die **Verkäufer** für Preiserhöhungen **verantwortlich** zeigen, spricht man von **Angebotsinflation**.⁵

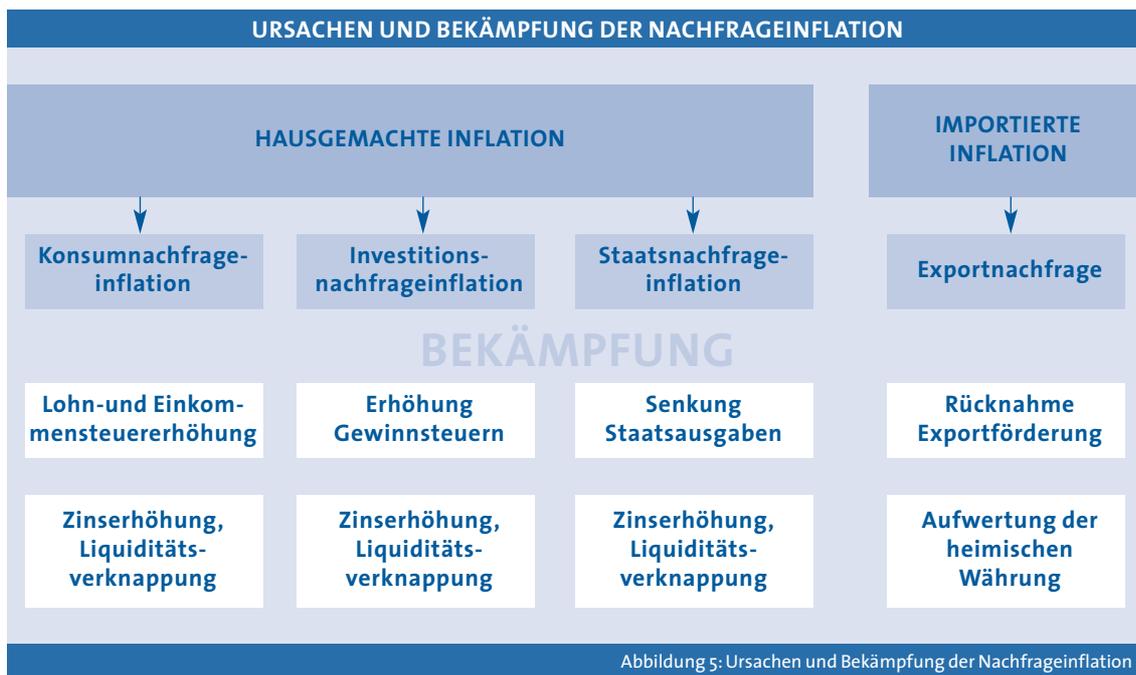
5.1 Ursachen und Bekämpfung der Nachfrageinflation

Inflation ist im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung zu sehen. Je stärker sich die Konjunktur entwickelt – also die vorhandenen Kapazitäten nahezu voll oder voll ausgelastet sind – desto eher treibt die gestiegene Nachfrage die Inflation nach oben. Abbildung 4 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Inflation in Österreich zwischen 2005 und 2009. Es ist erkennbar wie nach dem massiven Rückgang des Bruttoinlandsproduktes verursacht durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ebenso die Inflation deutlich zurückgeht – als Folge eines Nachfragerückgangs vorallem im Ausland.



⁵ Letztlich aber ist Inflation immer ein monetäres Phänomen: Inflation entsteht auf Dauer, wenn ein Geldmengenüberhang vorliegt. Die Geldmenge steigt stärker an als die Gütermenge. Aus dieser Betrachtungsweise stellt jede Inflation eine Geldmengeninflation dar.

Liegt eine **Nachfrageinflation** vor, kann diese nach den einzelnen Nachfragekomponenten unterschieden werden.



Konsumnachfrageinflation kann entstehen, wenn die Konsumenten ihre Sparneigung verringern – also weniger sparen und mehr ausgeben. Ebenso können niedrige Zinsen für Konsumentenkredite eine Konsumnachfrageinflation antreiben. Wenn die Unternehmen ihre Investitionsnachfrage stärker ausweiten als ein Angebot an Produktionsmitteln vorhanden ist, entsteht die sogenannte **Investitionsnachfrageinflation**. Wenn der Staat seine Güternachfrage kräftiger ausdehnt als Kapazitäten vorhanden sind, liegt eine **Staatsnachfrageinflation** vor. Alle drei zuvor genannten Typen der Nachfrageinflation gehen auf eine Ausweitung der inländischen Nachfrage zurück und werden daher auch als „hausgemachte“ Nachfrageinflation bezeichnet. Für stark exportorientierte Wirtschaften – wie auch Österreich eine ist – kann die sogenannte **Importierte Nachfrageinflation** ebenfalls zum Problem werden. Fragen Länder mit hohen Inflationsraten die heimischen Exportgüter bei einem stabilen bzw. fixierten Wechselkurs nach, wirkt sich dies in der ersten Runde zwar positiv auf Handels- bzw. Leistungsbilanz aus, über einen Zweitrundeneffekt kann Inflation in die heimische Wirtschaft induziert

werden. Wenn die Auslandsnachfrage die heimischen Produktionskapazitäten übersteigt, steigen die heimischen Preise. Höhere Lohnzahlungen im Exportsektor sind die Folge. Die Lohnsteigerungen werden dann auf weitere Sektoren übertragen. Ein allgemeiner Anstieg des heimischen Preisniveaus ist die Folge.

In Kenntnis der Inflationsursache ist es nun möglich die **geeigneten Bekämpfungsmaßnahmen** zu ergreifen. Eine **überhöhte Konsumnachfrage** kann einerseits durch **Lohn- und Einkommensteuererhöhungen** und andererseits durch eine **Erhöhung des Leitzinses** bzw. **Liquiditätsverknappung** seitens der Zentralbank gedämpft werden. Eine **übermäßige Investitionsnachfrage** kann durch **Erhöhung der Gewinnsteuern** z.B. der Körperschaftsteuer wie auch durch die zuvor beschriebene **geldpolitische Reaktionen** abgeschwächt werden. Die **übermäßige Staatsnachfrage** kann durch **Rückführung der Staatsausgaben** und ebenso über eine kontraktive Geldpolitik werden.

Sowohl Steuererhöhungen als auch die Reduktion der Staatsausgaben sind politisch schwer durchsetzbar.

Bei den geldpolitischen Maßnahmen stellt sich die Frage nach deren Wirksamkeit. Es dauert bis die erhöhten Leitzinsen weitergereicht werden und in der Realwirtschaft spürbar sind. Zudem können in Boomzeiten die Unternehmen erhöhte Kreditzinsen in Kauf nehmen ohne die Nachfrage nach Krediten zu reduzieren. Ebenso können die Banken – wenn sie mit ausreichend Liquidität ausgestattet sind, trotz Liquiditätsverknappung durch die Zentralbank einige Zeit eine expansive Kreditvergabe in Boomzeiten verfolgen.

Der Bekämpfung der importierten Nachfrageinflation sind ebenfalls Grenzen gesetzt. An sich würde man bei der importierten Nachfrageinflation die Exporte entweder durch zusätzliche Handelsbarrieren

oder durch Rücknahme von Exportförderungen erschweren und/oder die heimische Währung aufwerten und so die Exportgüter verteuern. Beides würde die Auslandsnachfrage dämpfen. Aufgrund der weit fortgeschrittenen Handelsliberalisierung, die durch Handelsabkommen z.B. Rahmen der WTO festgeschrieben ist, ist die Wiedereinführung neuer Handelsbarrieren nur schwer vorstellbar. Ebenso ist die Beeinflussung von Wechselkursen auf Grund von Deviseninterventionen nur kurzfristig wirksam. Dauerhaft kann ein „leaning against the wind“ nicht stattfinden, da die Wechselkurse dem Spiel der Marktkräfte unterliegen. Selbst die Devisenreserven von großen Zentralbanken können sich erschöpfen, wodurch solche Interventionen zeitlich begrenzt sind.

5.2 Ursachen und Bekämpfung der Angebotsinflation

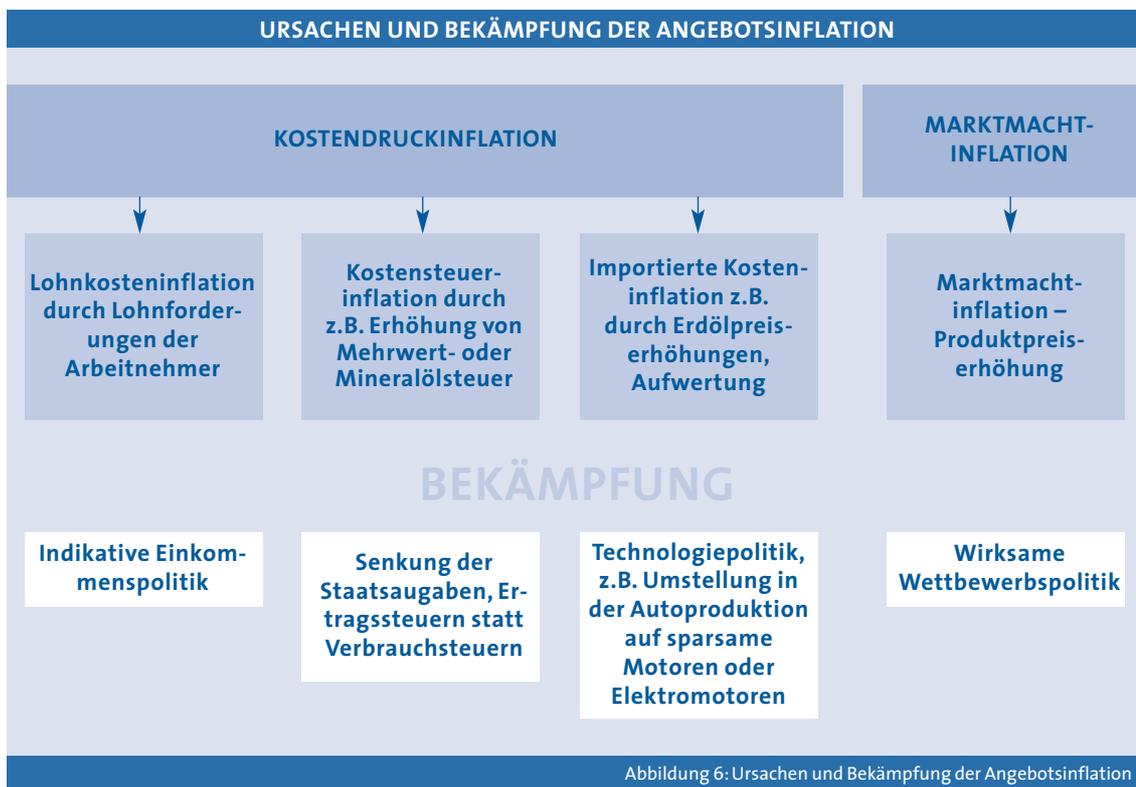


Abbildung 6: Ursachen und Bekämpfung der Angebotsinflation



Finden Preisniveausteigerungen nicht in Boomphasen statt – wenn sie also nicht Nachfrage-induziert sind – sind die Ursachen auf der **Angebotsseite** der Volkswirtschaft zu finden. In Abschwungphasen gibt es in der Regel geringere Verteilungsspielräume, die härtere Verteilungskämpfe auslösen können. Allerdings können in Boomphasen die Angebotsinflation und die Nachfrageinflation auch gepaart auftreten.

Individuen bzw. gesellschaftliche Gruppen unternehmen den Versuch, den eigenen Anteil am realen Inlandsprodukt auf Kosten anderer zu erhöhen. Wenn die **Einkommensforderungen die realen Produktionsmöglichkeiten übersteigen**, dann **erhöhen** sich die **Angebotspreise**. **Angebotsinflation** ist die **Folge**. Die angesprochenen Verteilungskämpfe können zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor und zwischen dem In- und dem Ausland stattfinden. Je nach Art des Verteilungskampfes können unterschiedliche Formen der **Angebotsinflation** unterschieden werden. Wenn die Arbeitnehmer zur Verbesserung ihrer Einkommensposition höhere Löhne durchsetzen können, kann dies in eine **Lohnkosteninflation** münden. Wenn der Staat die indirekten Steuern erhöht – wie beispielsweise die Mehrwertsteuer oder die Mineralölsteuer – kann eine **Kostensteuerinflation** entstehen. Beispielsweise wurde am 1. Juli 2007 die Mineralölsteuer auf Benzin um 3 Cent und auf Diesel um 5 Cent angehoben. Laut Statistik Austria führte diese Steuererhöhung im Oktober 2007 zu einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus um 0,2 %-Punkte⁶. Ein ähnliches Beispiel ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland von 16 % auf 19 % (siehe Kasten).

Wenn das Ausland höhere Preise für seine Exportgüter durchsetzt – ein empirisches Beispiel dazu sind die Auswirkungen erhöhter Erdölpreise – dann kann **importierte Kosteninflation** die Konsequenz sein. In den genannten Bereichen führen steigende Kosten zu steigenden Preisen, die ihren Niederschlag in einer **Kostendruckinflation** („Cost-push inflation“) finden. Eine weitere Art der Angebotsinflation ist die **Marktmachtinflation**. Wenn Unternehmen über ausreichend

Marktmacht verfügen, dann sind sie in der Lage ihre Gewinnposition zu verbessern, indem sie ihre Preise erhöhen. Dies kann bei entsprechend großen Marktanteilen bzw. Preiserhöhungen das allgemeine Preisniveau beeinflussen.

Um die Angebotsinflation zu **bekämpfen**, ist es wichtig die Verteilungsauseinandersetzungen, die den Preisauftrieb erzeugen, einzudämmen. Wenn die Wirtschaftspolitik in diese Bereiche eingreift, wird dies Einkommenspolitik genannt. Die **Einkommenspolitik** konzentriert sich darauf, das **Verteilungsverhalten** nur **indirekt** zu beeinflussen. Am Beispiel der Lohnverhandlungen bedeutet das, dass nicht der Staat die Lohnerhöhungen festlegt, sondern die Kollektivvertragspartner, bestehend aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, autonom die Kollektivvertragslöhne festlegen.

Der Staat kann – um die Lohnkosteninflation einzudämmen oder zu vermeiden – Empfehlungen geben. Er greift aber sonst i.d.R. nicht weiter ein. Wenn es um die Vermeidung der **Kostensteuerinflation** geht, liegt es **direkt am Staat** diese hintan zu halten. Anstatt die indirekten Steuern zu erhöhen, sollte der Staat die **Staatsausgaben reduzieren**, um den Staatshaushalt zu entlasten. Eine Erhöhung der Ertragssteuern anstatt der indirekten Steuern ist politisch schwer durchsetzbar und wirkt stärker wachstumsdämpfend als die Erhöhung der Verbrauchssteuern. Die **importierte Kosteninflation** ist **direkt wenig beeinflussbar**. Entweder werden die Preissteigerungen der importierten Güter hingenommen oder die Nachfrage wird auf alternative Güter gelenkt, was meist nur mittelfristig möglich ist. Als zum Beispiel im Jahr 2007 und 2008 die Erdölpreise stark anstiegen, stieg der Druck auf die Automobilproduzenten verbrauchsarme Fahrzeuge bzw. alternative Antriebe für Fahrzeuge – wie beispielsweise Elektromotoren – anzubieten.

Die Bekämpfung der Marktmachtinflation erfordert eine wirksame Wettbewerbspolitik (vergleiche dazu AWS-Aktuelle Unterlage 59 „Marktwirtschaft und Wettbewerb in Österreich“).

⁶ Statistik Austria (2007)



Die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland

Oft gibt es in der wirtschaftspolitischen Diskussion Zweifel darüber, ob nun eine Erhöhung beispielsweise der Verbrauchssteuern zur Gänze von den Händlern an die Verbraucher weitergegeben wird und damit zur Gänze seinen Niederschlag in der Änderung des Preisniveaus findet oder nicht. Zuletzt wurde die Mehrwertsteuer zu Beginn 2007 in Deutschland von 16 % auf 19 % heraufgesetzt.

Da es sich dabei doch um eine substantielle Steuererhöhung handelte, wurden auch entsprechende Effekte auf das deutsche Preisniveau erwartet. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Preiserhöhung frühzeitig angekündigt war und den Unternehmen ausreichend Zeit blieb, um deren Preisgestaltung anzupassen und die Konsumenten ebenso die Möglichkeit hatten, ihre Käufe vorzuziehen. Eine Analyse der deutschen Bundesbank zeigt, dass die Preise inzwischen weitgehend von den Händlern an die Verbraucher überwältigt wurden. Aber nur ein kleiner Teil der Unternehmen hob die Preise stichtaggenau und im vollen Umfang der Steuererhöhung an. Vereinzelt hoben ihre Preise überhaupt nicht an. Vor-

zieeffekte beim privaten Konsum wie auch im Wohnungsbau traten ein wie erwartet. Die Steuererhöhung bewirkte auch, dass im Jahr 2007 etwas weniger konsumiert wurde und auch die Kaufkraft der Konsumenten ab 2007 dauerhaft reduziert wurde, wodurch ein schwach dämpfender Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung auftrat.

Auf Basis der 3%-Mehrwertsteuererhöhung hätte der Verbraucherpreisindex um 1,6 % steigen müssen, dies deshalb, weil viele Waren einem reduzierten Mehrwertsteuersatz unterliegen, die von der Erhöhung ausgeschlossen waren. Im Jahresdurchschnitt 2007 trug die Steuersatzanhebung knapp 1,4 Prozentpunkte zur HVPI-Jahresteuersatzrate von 2,3 % bei. Zu beachten ist auch, dass das Preissetzungsverhalten von Unternehmen sich nicht nur an der Anhebung beispielsweise einer Verbrauchssteuer orientiert(e), sondern einige weitere Einflussfaktoren spiel(t)en dabei eine Rolle: saisonale Produktwechsel, marktstrategische Überlegungen, Anpassungskosten durch Preisänderungen (dadurch we(u)rden die Preise erst nach Erreichen bestimmter Kostenpreisschwellen meist gleich um einen deutlich höheren Betrag angehoben).

5.3 Entstehung und Bekämpfung der Geldmengeninflation

Die zuvor genannten Erklärungsansätze für die Entstehung von Inflation gehen davon aus, dass die steigende Nachfrage und die Kostensteigerungen durch eine entsprechende Ausweitung des Geldangebots unterstützt werden. De facto können Preisniveausteigerungen auf den Märkten nur dann erfolgen, wenn mehr Geld bereit steht, um höhere Preise zu erzielen. Beim Erklärungsansatz der Geldmengeninflation werden die **Ursache-Wirkungs-Beziehungen** genau gegensätzlich **interpretiert**. Auslöser der Inflation ist die **Geldmenge** bzw. die **Wachstumsrate der Geldmenge**, die über das reale **Güterangebot hinausgehen**. Die Preise **steigen**, wenn **zu viel Geld in Umlauf** gesetzt wird. Im Ansatz der Geldmengeninflation sind alle anderen Inflationsursachen nachgelagert, da sie ja nur bei einer entsprechenden Erhöhung der Geldmenge auftreten können.

Die Geldmengeninflation wird oft am Beispiel der Quantitätsgleichung des Geldes dargestellt: Das Produkt aus der Geldmenge M und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes U muss stets dem Produkt aus dem realen BIP und dem Preisniveau P gleich sein. In einer Wirtschaft, in der Güter gegen Geld und Geld gegen Güter getauscht werden, müssen im Nachhinein der Geldstrom $M \times U$ und der wertmäßige Güterstrom $BIP \times P$ einander entsprechen.

$$M \times U = BIP \times P$$

Wächst nun die **Geldmenge stärker** als das **reale BIP** und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes konstant ist, steigt die **Inflation**. Die Europäische Zentralbank (EZB) berücksichtigt diese Beziehung in ihrer geldpolitischen Konzeption, welche unter anderem auf eine Formulierung eines **Geldmengenziels** abstellt. Für das Wachstum der Geldmenge M_3 legte die Europäische Zentralbank einen Referenzwert von 4,5 % fest, der seit 1999 gilt.

Der Europäischen Zentralbank steht eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung, um das primäre Ziel der Geldpolitik, nämlich die Gewährleistung der Preisniveaustabilität im Euro-Raum zu sichern: ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von unter, aber nahe 2 % gegenüber dem Vorjahr. Der zuvor beschriebene Referenzwert für das Wachstum der Geldmenge unterstützt das Ziel der Preisstabilität.

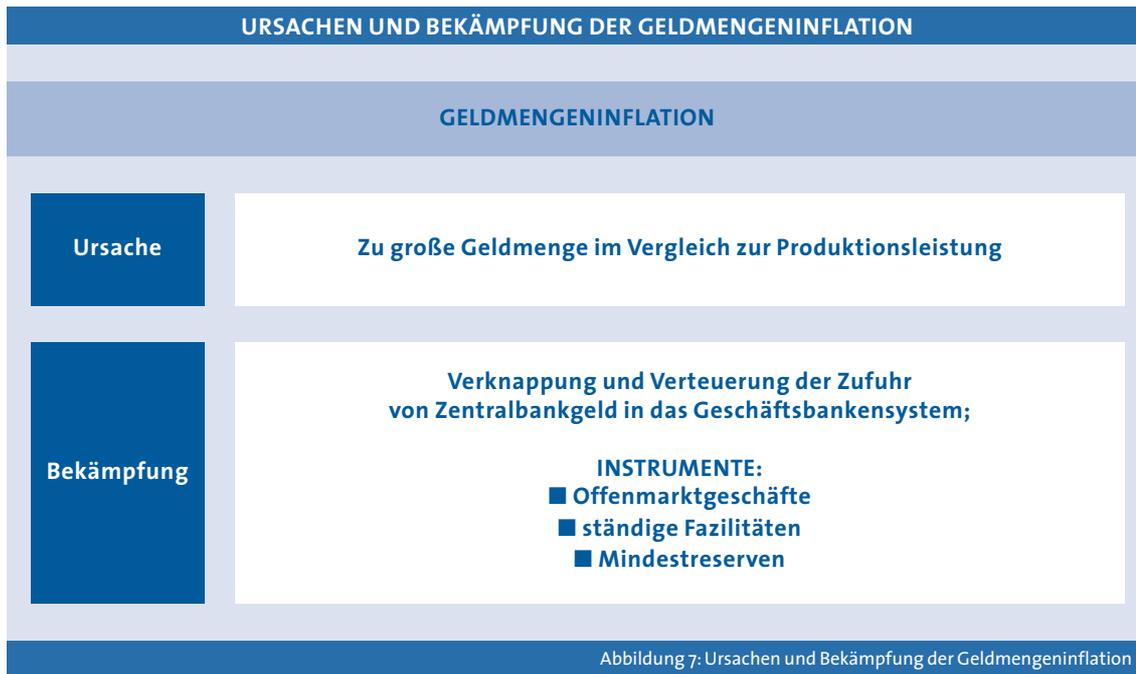
Drei wesentliche Instrumentengruppen dienen der Europäischen Zentralbank dabei, die geldpolitischen Ziele zu erreichen:

- **Mindestreserven,**
- **Offenmarktgeschäfte**
(als die wichtigsten Instrumente) und
- **ständige Fazilitäten.**

Mit Hilfe der geldpolitischen Instrumente steuert die EZB die Zufuhr von Zentralbankgeld in das Geschäftsbankensystem. **Zentralbankgeld** – die Geldbasis – kann **nur von der EZB bereitgestellt** werden. Es verfügt über einen hoheitlichen Charakter und es ist alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Es existiert als Bargeld und als Guthaben auf Konten der EZB. Die Geschäftsbanken benötigen dieses Geld für ihr Kreditgeschäft, da sie Barauszahlungen an ihre Kunden tätigen und einen bestimmten Prozentsatz der Kundeneinlagen bei der EZB hinterlegen müssen. Dadurch entsteht für die **Geschäftsbanken Bedarf an Zentralbankgeld**. Die EZB steuert geldpolitisch, indem sie den Geschäftsbanken Zentralbankgeld **zuführt** bzw. **entzieht**. Dies wirkt sich unmittelbar auf der Kreditvergabe aus. Die **Kreditvergabe** ist die **wichtigste Quelle** für die **Geldentstehung (Giralgeldschöpfung)**, wodurch die EZB in der Lage ist die Geldmenge zu steuern.

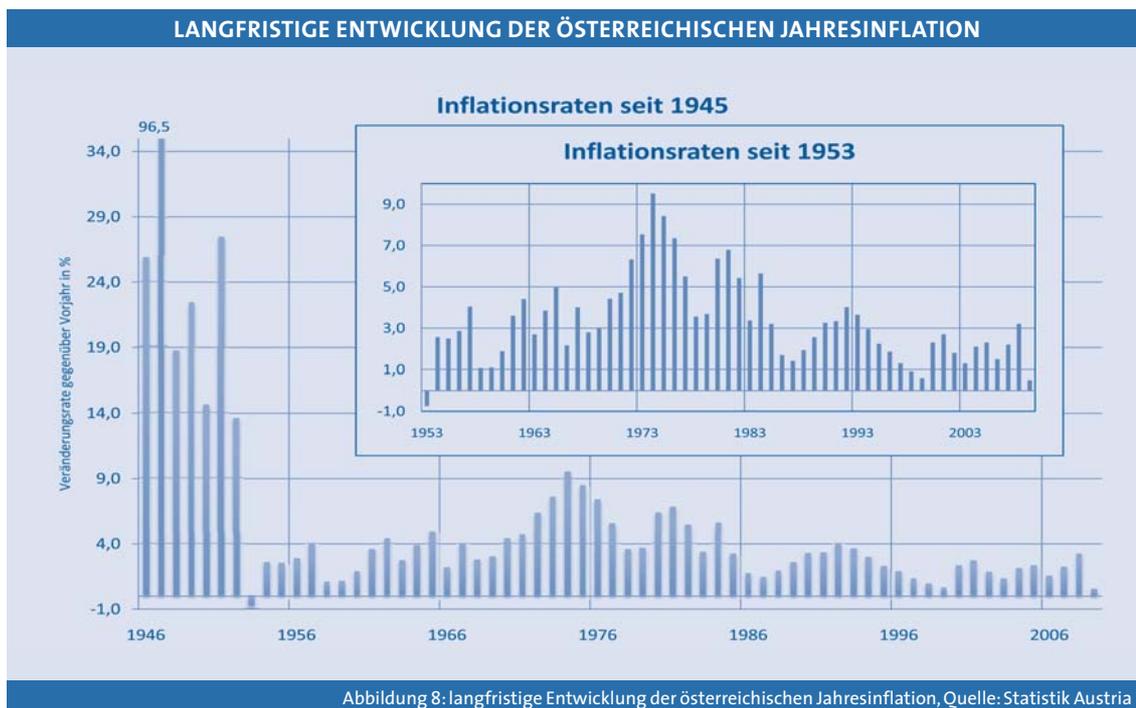
Die Zufuhr von Zentralbankgeld in das Geschäftsbankensystem wird sowohl **mengenmäßig (liquiditätspolitische Instrumente)** als auch **preismäßig (zinspolitische Instrumente)** gesteuert.

Zur Bekämpfung der Inflation werden die Leitzinsen erhöht und/oder die Liquidität abgeschöpft.



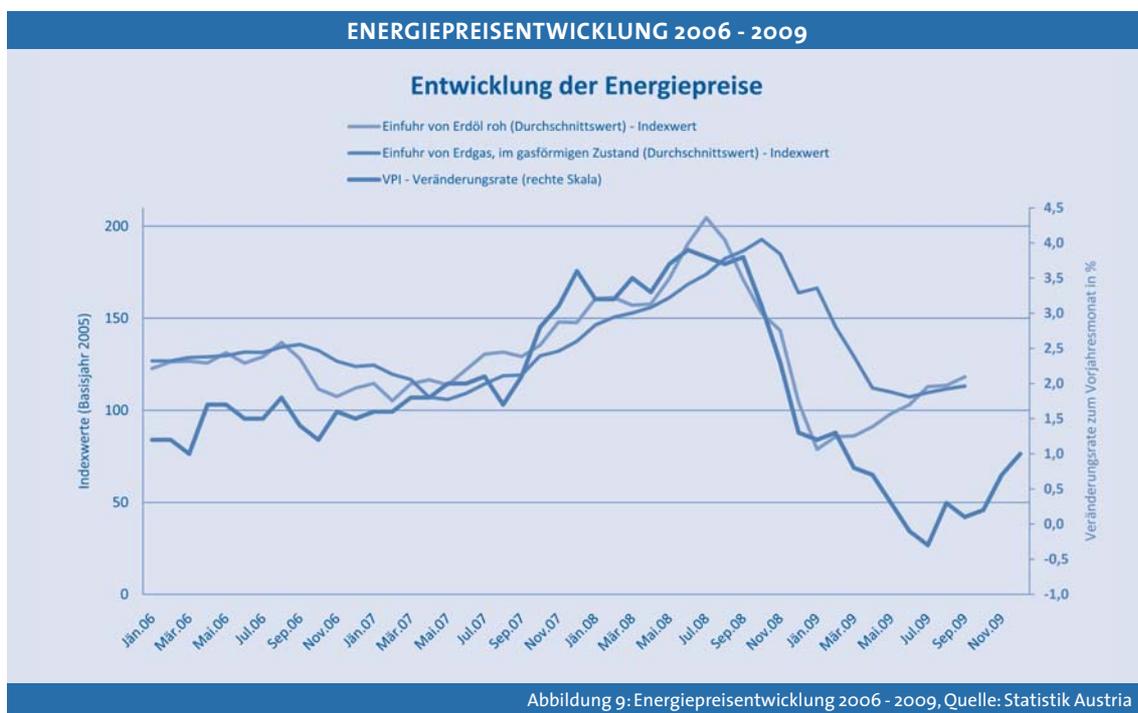
6. ENTWICKLUNG DER INFLATION IN ÖSTERREICH

Während der letzten 25 Jahre war die österreichische Wirtschaft von niedrigen Inflationsraten geprägt, die maximal um die drei Prozent betragen.



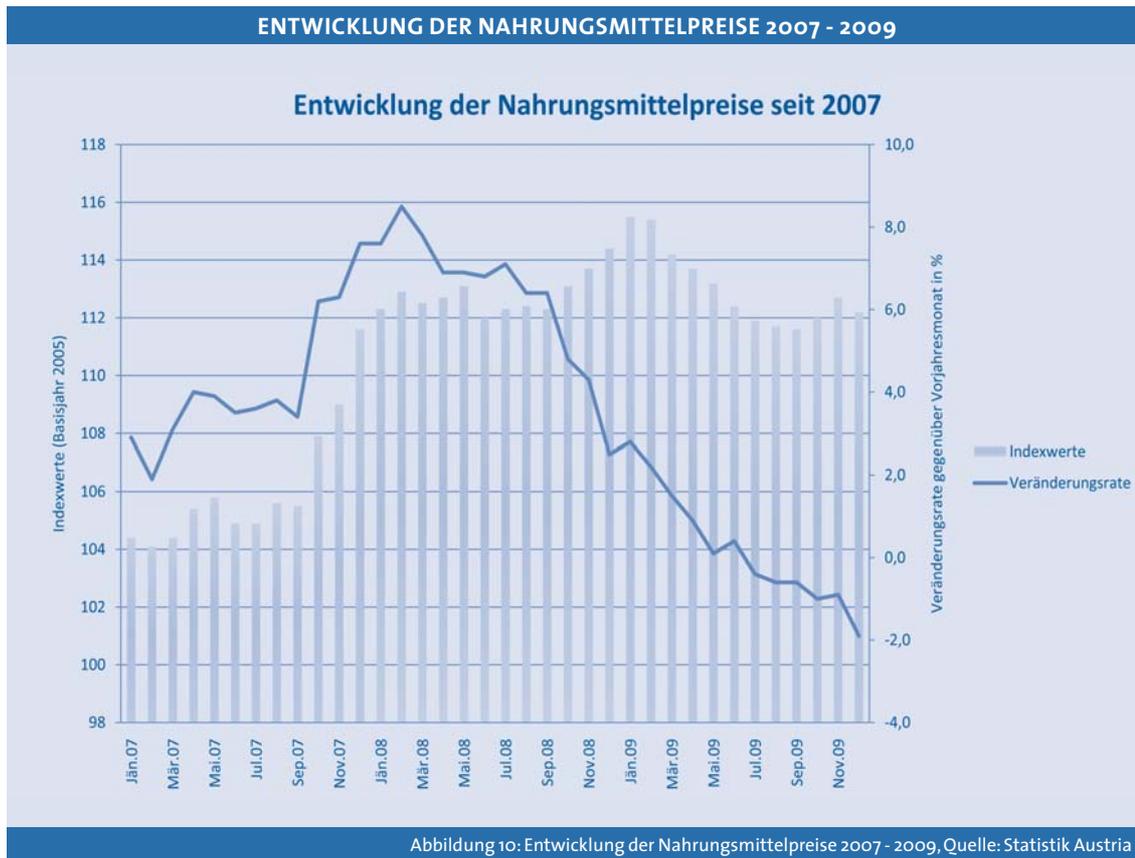
Insbesondere das letzte Quartal 2007 und die ersten drei Quartale 2008 brachten Teuerungsraten bis zu 3,9 %. „Verkehr“ sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ und Energiekosten waren hauptverantwortlich für die gestiegene Inflationsrate. Die Ausgabengruppe „Verkehr“ trug 2008 mit jahresdurchschnittlichen Preissteigerungen von 5,3 % zu 0,8 %-Punkten oder etwa ein Viertel der Inflationsrate 2008 bei. Hauptpreistreiber waren die Treibstoffe (+16 %). „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+6,3 %)

mit einem Einfluss von circa 0,8 %-Punkten erklärten ein weiteres Viertel der gesamten Inflationsrate von 3,2 %. Ebenfalls preistreibend wirkte die Gruppe „Wohnung, Wasser und Energie“, die bei einer Preissteigerung von 2,7 % ein Sechstel der Inflationsrate verursachte. Ausgaben für Haushaltsenergie (durchschnittlich +5,7%; Heizöl +26 %) sowie für die Instandhaltung von Wohnungen (+4,7 %) wurden in diesem Betrachtungszeitraum für die Konsumenten merklich teurer.



Noch im September 2008 wurde politisch die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Lebensmittel von 10 % auf 5 % als Reaktion auf diese Preissteigerungen diskutiert. Davon ausgehend, dass es sich bei der Teuerung der Lebensmittel wesentlich um eine **importierte Kostendruckinflation** handelte, wäre von einer **Mehrwertsteuersenkung** die **Gefahr eines weiteren**

Preisaufriebs ausgegangen. Wäre diese Maßnahme nun tatsächlich umgesetzt worden, wäre es schon bei ihrer Einführung des Guten zu viel gewesen, da die Nahrungsmittelpreise ab September 2008 stark zu sinken begannen und in Folge auf das Niveau von 2007 zurück fielen wie aus Abbildung 10 erkennbar ist.



Im vierten Quartal 2008 waren die Auswirkungen der weltweiten **Finanz- und Wirtschaftskrise** in Österreich beim allgemeinen Preisniveau stark spürbar. Die Inflation ging im Jahr 2009 im Durchschnitt **deutlich zurück**. Sie betrug im Jahr 2009 0,5 % und wies damit den zweitniedrigsten Wert seit dem zweiten Weltkrieg auf.

Die Entwicklung der Treibstoff- und Heizölpreise, die in den ersten elf Monaten des Jahres 2009 deutlich

unter dem Vorjahresniveau lagen, dämpfte die Inflation um 0,8 Prozentpunkte. Auch sonst war die Preisdynamik insgesamt gering. Ausgehend von einer moderaten Teuerung von 1,2 % im Jänner ging die Inflation im Jahresverlauf zunächst bis etwa zur Jahresmitte beständig zurück, erreichte im Juli den Tiefstand von -0,3 % und blieb dann einige Monate im schwachen Plusbereich, ehe sie am Jahresende wieder auf 1,0 % anstieg.

7. AUSBLICK

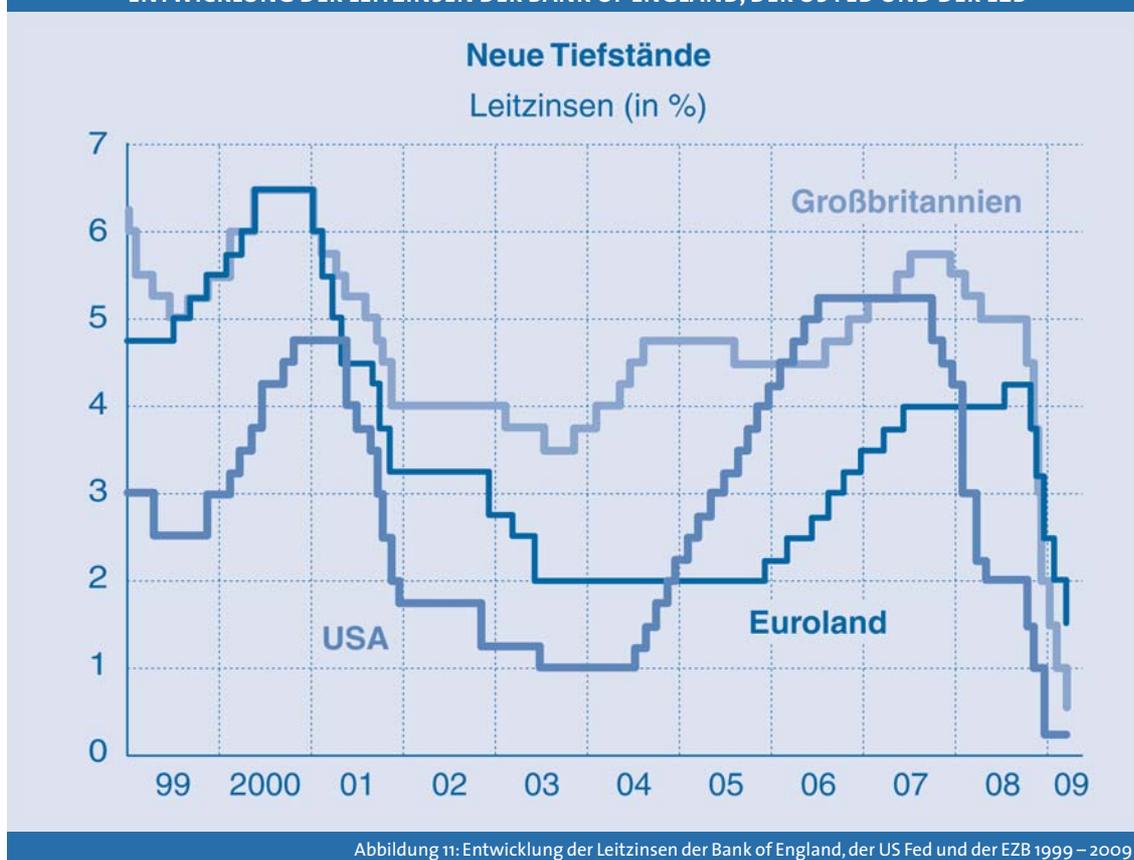
Die Verschärfung der Finanzkrise im September 2008 und die weltweit folgende tiefe Rezession stellten die **Zentralbanken** vor eine **große Herausforderung**.

Die Zentralbanken – wie die Europäische Zentralbank, die Bank of England oder die US-amerikanische Federal Reserve Bank – reagierten auf die Finanzkrise mit einer Reihe **konventioneller und unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen**, um einen Zusammenbruch des Finanzsystems zu vermeiden und den Konjunktur einbruch abzumildern. Die **Geschäftsbanken** wurden über die **Ausweitung der Refinanzierungsge-**

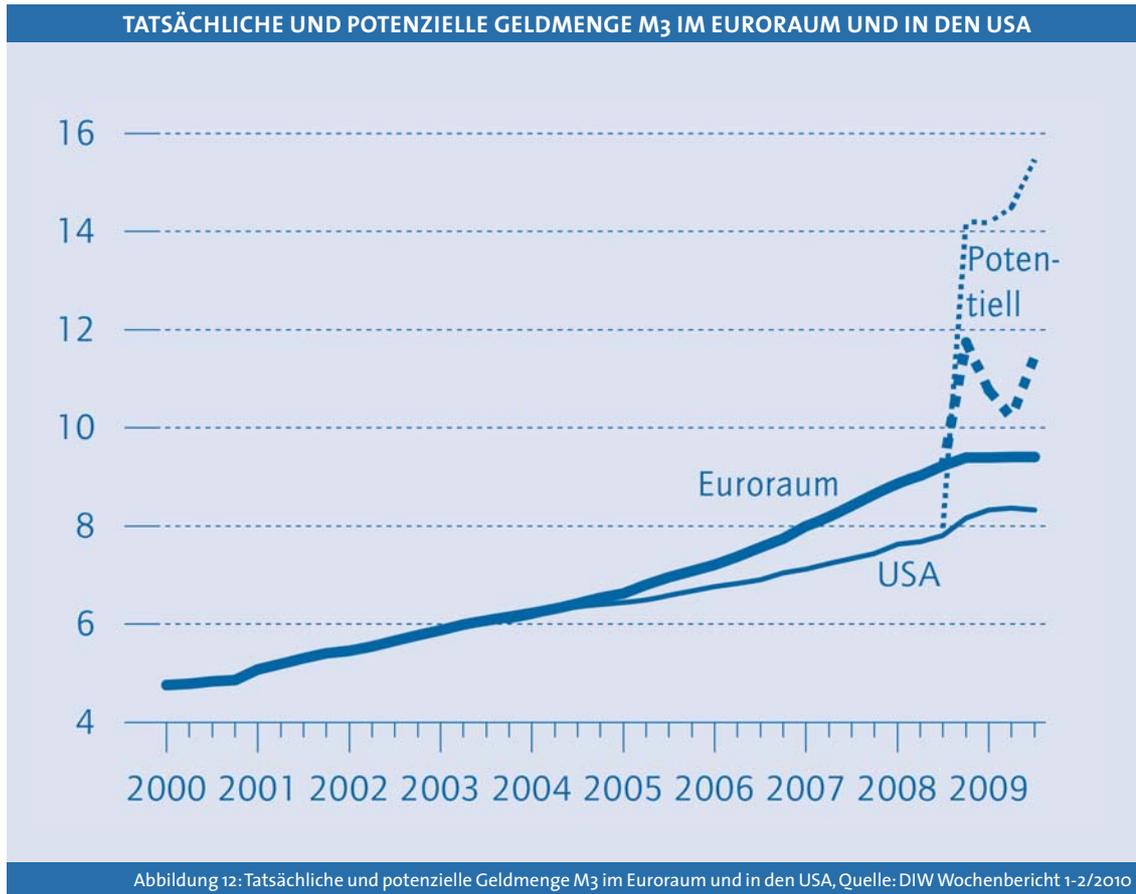
schäfte mit ausreichend Liquidität versorgt, damit sie sich gegenseitig wieder Geld liehen und so auch die Kreditversorgung der Unternehmen und der Konsumenten aufrecht zu erhalten.

Neben den Liquiditätsmaßnahmen **senkten** die großen Zentralbanken **massiv ihre Leitzinsen**. Im Mai 2009 beschloss der EZB-Rat, seine Leitzinsen um weitere 25 Basispunkte auf ein Prozent zu senken – ein Zinsniveau, das sie lange beibehielt. Die Federal Reserve Bank und die Bank of England waren faktisch bereits bei einer Null-Zins-Politik angekommen.

ENTWICKLUNG DER LEITZINSEN DER BANK OF ENGLAND, DER US FED UND DER EZB



Eine Ausweitung der Geldmenge, wie es unter „normalen“ Umständen der Fall gewesen wäre, fand nicht statt. Anstatt, dass **Banken** die zusätzlich verfügbare Liquidität an die Unternehmen weitergaben, **legten sie ihr Geld wieder bei den Zentralbanken an**. So erklärte dies auch, dass die **Geldschöpfung nicht** in dem aus der Vergangenheit **bekanntem Maß funktionierte**. Der Geldschöpfungsmultiplikator ging stark zurück.



Neben der stark expansiven Geldpolitik schnürten die Staatsregierungen teils sehr große **Konjunkturpakete**, die zu einem **massiven Anstieg der Staatsschuld** führten. Dies führte wiederum dazu, dass die **Deflationserwartungen in Inflationserwartungen umgekehrt** wurden. Gleichzeitig stieg aber auch die Besorgnis, dass die aufgeblähte Geldmenge wieder auf ein adäquates Niveau zurückgeführt werden kann, dem Finanzsystem die überschüssige Liquidität entzogen wird und die Staatsschuld in geeigneter Zeit wieder konsolidiert werden kann. **Mittel- bis langfristig besteht Inflationsgefahr**, die von den USA ausgehen könnte. So könnte etwa die US-amerikanische Regierung den Druck auf die Fed erhöhen, zukünftig durch

eine weiterhin expansive Geldpolitik eine Geldmengeninflation anzufachen, um so die stark gestiegene Staatsschuld zu entwerten. Würde in den USA die Inflation steigen könnten sich die Preiserhöhungen auch auf die mit den USA wirtschaftlich verflochtenen Volkswirtschaften auswirken.

Vor diesem Hintergrund ist die Darstellung der nachfolgenden Projektion/Prognose der Inflation durch die Experten der Europäischen Zentralbank und durch das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut zu sehen.

Von den Experten der Europäischen Zentralbank wird regelmäßig eine „wirtschaftliche Projektion“ für das

Euro-Währungsgebiet erstellt. Für die Jahre 2010 und 2011 kommen sie zu folgendem Ergebnis:

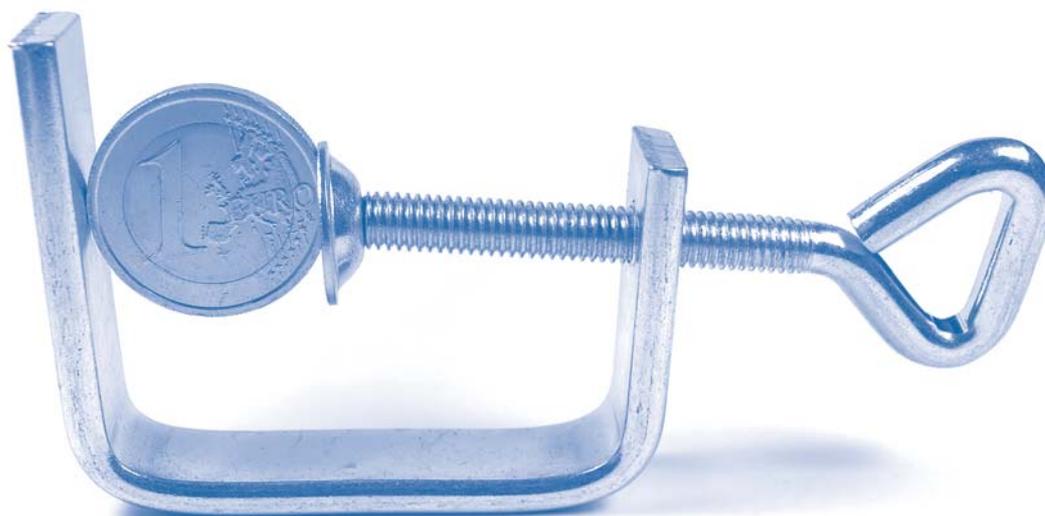
„Auf Basis der bis zum 19. Februar 2010 verfügbaren Daten haben Experten der EZB Projektionen zu den makroökonomischen Entwicklungen im Euro-Währungsgebiet ausgearbeitet. In Erwartung einer weltweiten Konjunkturerholung wird das durchschnittliche Jahreswachstum des realen BIP den Projektionen zufolge im laufenden Jahr 0,4 % bis 1,2 % betragen und 2011 allmählich auf 0,5 % bis 2,5 % steigen. Die Inflation dürfte im Zuge der an Fahrt gewinnenden Konjunkturerholung über den Projektionszeitraum leicht zunehmen, und zwar von 0,8 % bis 1,6 % im Jahr 2010 auf 0,9 % bis 2,1 % im Folgejahr.“

Für **Österreich** publizierte das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) zu Beginn des Jahres 2010 eine mittelfristige Prognose die sich in den ersten beiden Jahren in den von den EZB-Experten genannten Korridoren bewegt. Es wird erwartet, dass die **Inflationsrate 1,3 %** im Jahr 2010 und 1,5 % im Jahr 2011 betragen wird. Die Wachstumsprognosen für das Bruttoinlandsprodukt sind 1,5 % für 2010 und 1,6 % für 2011. Das WIFO erwartet weiters, dass sowohl Inflation als auch Wachstum in den drei Folgejahren lediglich um wenige Zehntelprozentpunkte steigen werden. Grundsätzlich ist bei solchen Projektionen bzw. Prognosen zu beachten, dass die **Unsicherheit** über das Prognoseergebnis mit ansteigendem Prognosezeitraum deutlich steigt.

MITTELFRISTIGE PROGNOSE					
Mittelfristige Prognose Österreich 2010-2014	2010	2011	2012	2013	2014
Inflation (%)	1,3	1,5	1,7	1,9	1,8
BIP- Wachstum (%)	1,5	1,6	2,0	2,0	1,9

Tabelle 3: Mittelfristige Prognose, Quelle: Baumgartner et al. (2010)

Letztlich wird die zukünftige Inflationsentwicklung davon abhängen, in wie weit die für die Weltwirtschaft relevanten Zentralbanken ihr Ziel der Preisstabilität weiter verfolgen werden und können. Die bereits erwähnten Inflationsprognosen/-projektion mit Stand 1. Quartal 2010 schätzten die Gefahr von bedeutsamen Inflationserhöhungen derzeit als gering ein.



8. GLOSSAR

■ DEFLATION

Negative Wachstumsrate des Preisniveaus; das entspricht einem absoluten Preisrückgang.

■ GELDBASIS

Die Geldbasis setzt sich aus dem Bargeldumlauf (Bestand an Banknoten und Münzen außerhalb der Zentralbank) und den Einlagen der Kreditinstitute bei der Zentralbank (Reservehaltung) zusammen.

■ GELDMENGE

Im Euro-Währungsgebiet gibt es drei offizielle Geldmengenbegriffe. In M₁ sind der Bargeldumlauf und tägliche fällige Einlagen erfasst. In M₂ kommen noch Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit bis zu zwei Jahren und Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren und Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten dazu. Das umfassendste Geldmengenaggregat stellt M₃ dar. In diese Größe werden zusätzlich Repogeschäfte, Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren und Anteile an Geldmarktfonds sowie Geldmarktpapiere berücksichtigt. Bei Bargeld zählt der gesamte Umlauf – also auch außerhalb des Euro-Bankensystems – zur Geldmenge. Die restlichen Teile des Geldmengenaggregats beziehen sich auf Verbindlichkeiten von im Euro-Raum ansässigen „Monetären Finanzinstituten“ – dies entspricht dem sog. „Geldschöpfungssektor“ – gegenüber Nichtbanken – ohne Zentralregierungen – im Euro-Raum. Neben den Verbindlichkeiten des Geldschöpfungssektors zählen zu den Geldmengenbegriffen auch die Verbindlichkeiten von Zentralregierungen mit monetärem Charakter. Dazu gehören zudem die Bankeinlagen vergleichbaren Verbindlichkeiten von Post- und Schatzämtern und staatlichen Sparkassen.

■ GELDMENGENINFLATION

Geldmengeninflation hat ihre Ursache in einer über die Steigerung des Warenangebots hinausgehenden übermäßigen Geldmenge.

■ GELDSCHÖPFUNGSMULTIPLIKATOR

entspricht dem Verhältnis Geldmenge zu Geldbasis.

■ HEADLINE-INFLATION

Mit der Headline-Inflation werden die Änderungen der Preisniveaus beispielsweise des Verbraucherpreisindex an Hand des gesamten Warenkorbes gemessen. Dadurch, dass der gesamte Warenkorb für die Indexbildung herangezogen wird, wird der Preisindex auch von Märkten beeinflusst, die jähren und großen Preisschwankungen unterliegen, wie jene der Energie oder Nahrungsmittel.

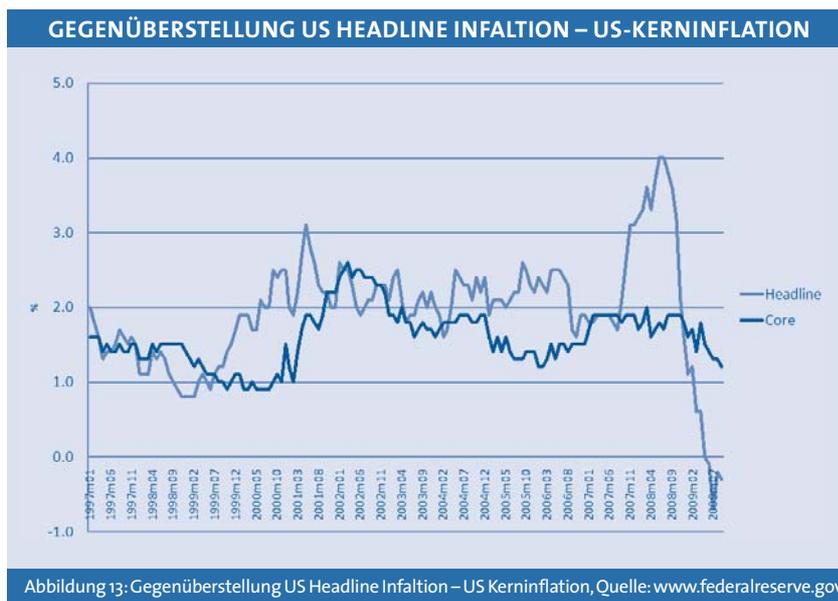
■ HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX (HVPI)

Auf harmonisierter Basis errechneter Verbraucherpreisindex für das Euro-Währungsgebiet. Er wird von Eurostat, dem statistischen Amt der EU, veröffentlicht. An ihm beurteilt das Eurosystem die Preisperspektiven und definiert die Preisstabilität.

■ KERNINFLATION

Nahrungsmittel und Energie(träger) unterliegen oft starken und temporären Schwankungen. Die Ursachen (temporäre angebotsseitige Schocks) sind irreguläre Witterungsverhältnisse, Missernten, Tierseuchen, die vorübergehende Verknappung bestimmter Güter bzw. Rohstoffe oder stark schwankende Weltmarktenergie-

preise. Bei der Kerninflation geht es darum, Produktgruppen, deren Preise durch zufällige temporäre Schocks streuen, auszuklammern. Dadurch versucht man den grundlegenden Trend in den Lebenshaltungskosten jenseits temporärer Einflüsse besser darstellen zu können. In der nachfolgenden Grafik wird die US-Kerninflation (Core PCE Prices) und US-Headline Inflation gegenüber gestellt. Die Headline Inflation schwankt insgesamt stärker auf Grund der hohen Erdölpreisschwankungen, die bei der Kerninflation herausgerechnet sind.



■ **MINDESTRESERVE**

Die Mindestreserve verpflichtet die Kreditinstitute, für bestimmte Verbindlichkeiten in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes – des Mindestreservensatzes – Guthaben beim Eurosystem zu halten.

■ **OFFENMARKTGESCHÄFTE**

Bei Offenmarktgeschäften (im Wesentlichen sind dies Hauptrefinanzierungsgeschäfte, Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, Feinsteuerungsoperationen, Strukturelle Operationen) handelt es sich um geldpolitische Operationen, die durch die Zentralbank veranlasst sind. Während ursprünglich unter Offenmarktgeschäften der Kauf und Verkauf von Wertpapieren am offenen Markt verstanden wurde, werden im Eurosystem Offenmarktgeschäfte als solche bezeichnet, ohne dass es sich dabei um Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren am offenen Markt handeln muss.

■ **VERBRAUCHERPREISINDEX (VPI)**

Der Verbraucherpreisindex ist ein Maßstab für die allgemeine Preisentwicklung bzw. für die Inflation in Österreich. Er zeigt jene Preisentwicklung an, von denen private Haushalte beim Erwerb von Waren oder Dienstleistungen unmittelbar betroffen sind. Insgesamt werden monatlich rund 40.000 Preise in 4.200 Geschäften erhoben, die sowohl Güter des täglichen Bedarfs abdecken (z.B.: Butter, Milch, Zahncreme), als auch langlebige Gebrauchsgüter (z.B.: KFZ-Neuwagen, Haushaltsgeräte) und diverse Dienstleistungen (z.B.: Friseur, Kontogebühren). Die Berechnung der durchschnittlichen Preissteigerungen von insgesamt 760 verschiedenen Waren und Dienstleistungen erfolgt als gewichtetes arithmetisches Mittel.

■ **WAHrgENOMMENE INFLATION**

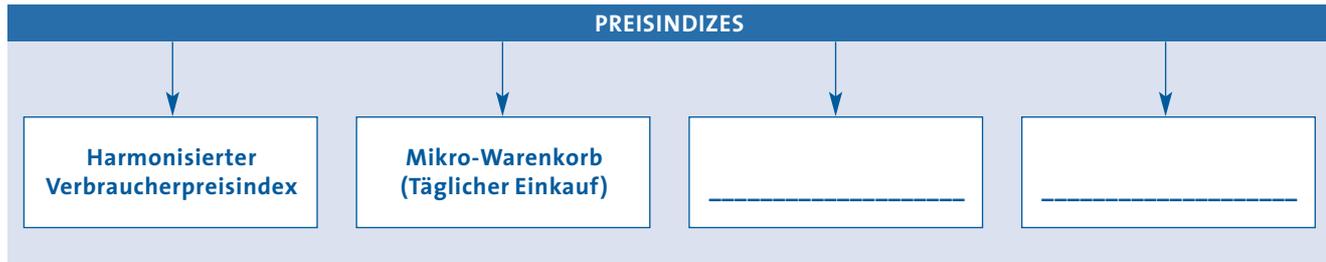
Unter wahrgenommener Inflation sind das individuelle Empfinden und die Wahrnehmung von Preisänderungen der Bevölkerung zu verstehen.

9. QUELLEN

- **Baumgartner, J. / Kaniowski, S. / Pitlik, H. (2010)**, Allmähliche Erholung nach schwerer Rezession – Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2014, WIFO Monatsberichte 1/2010, 47 – 59
- **Deutsche Bundesbank (2008)**, Preis- und Mengenwirkungen der Mehrwertsteueranhebung am 1. Januar 2007, Monatsbericht April 2008
- **DIW (2009)**, Geldpolitik so expansiv wie nie zuvor, Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 31/2009, 521 – 523
- **DIW (2010)**, Geldpolitik: Schrittweiser Ausstieg aus den unkonventionellen Maßnahmen, Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 1-2/2010, 21 – 22
- **Fluch, M / Stix, H. (2005)**, Wahrgenommene Inflation in Österreich – Ausmaß, Erklärungen, Auswirkungen, Geldpolitik & Wirtschaft Q3 / 05, 25 – 54
- **Gischer, H. / Weiß, M. (2007)**, Inflationsbegriff und Inflationsmessung – Abgrenzungen, Konzepte und Anwendungsprobleme, Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften . – Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, Bd. 58, 203-226
- **Görgens, E. / Ruckriegel, K. / Seitz, F. (2008)**, Europäische Geldpolitik, 5. Auflage, Lucius & Lucius, Stuttgart
- **Höhenberger, N. / Höserle, H. (2009)**, Die österreichische Steuerreform 2009 – Eine Analyse der verteilungspolitischen Auswirkungen der Tarifreform, Wirtschaftspolitische Blätter 3/2009, 183 – 2995
- **Mussel, G. / Pätzold, J. (2003)**, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, Kapitel Preisniveaustabilität, 5. Aufl., Franz Vahlen, München, 91 – 144
- **Sandgruber, R. (1995)**, Österreichische Geschichte – Ökonomie und Politik, Ueberreuter, Wien
- **Statistik Austria (2007)**, Inflation steigt im Oktober auf 2,8 %; – Verteuerungen bei Nahrungsmitteln, Wohnen, Energie, Bekleidung und Treibstoffen <http://www.statistik.at/web_de/presse/027960> (05. April 2010)

ÜBUNGSBLATT 1

1. Ergänzen Sie folgende Abbildung.



2. Was ist eine Wertsicherungsklausel?

3. Reihen Sie folgende Warengruppen nach Ihrer Gewichtung im VPI. (1= stärkste Gewichtung; 4= schwächste Gewichtung)

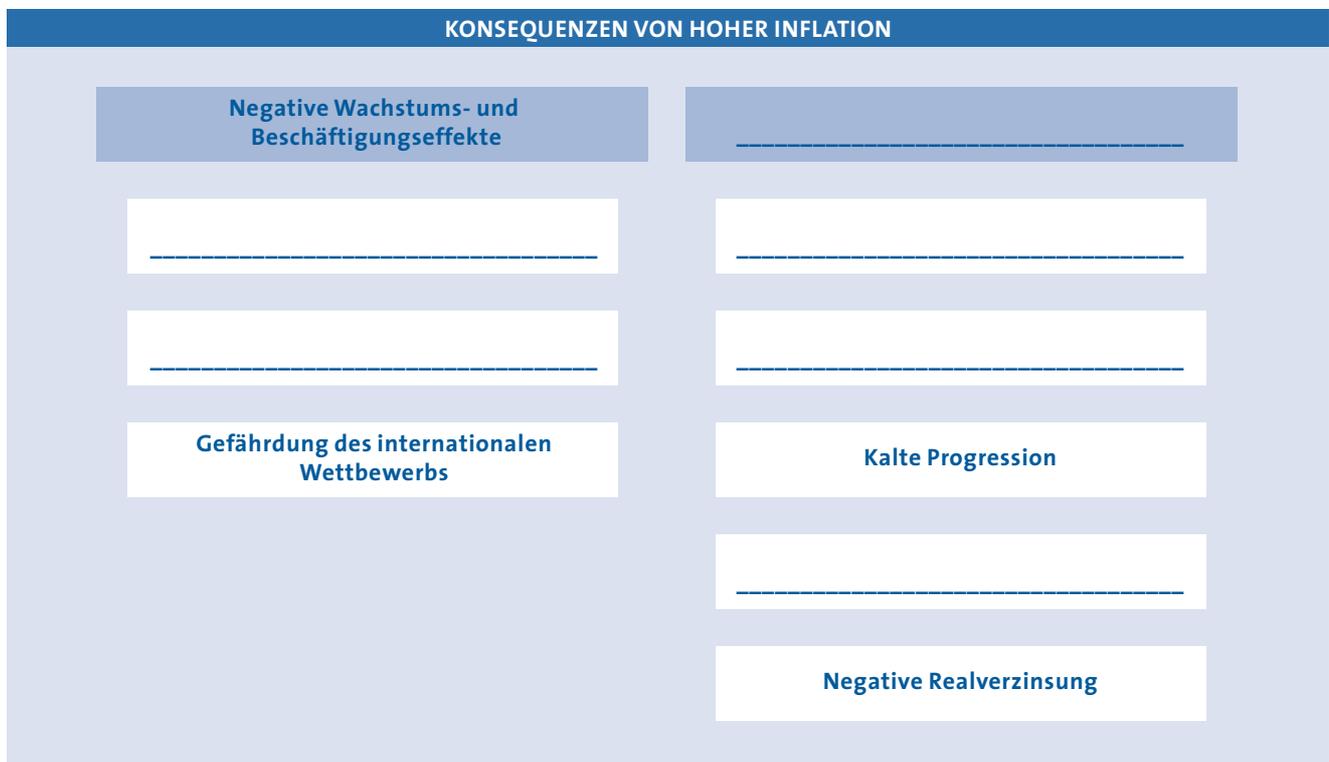
- Gesundheitspflege
- Erziehung und Unterricht
- Wohnung, Wasser Energie
- Freizeit und Kultur



ÜBUNGSBLATT 2

1. „Alles wird immer teurer. Die Inflation ist viel höher als ein oder zwei Prozent.“ Wie beurteilen Sie diese Aussage?

2. Ergänzen Sie folgende Abbildung.



3. Erklären Sie den Begriff „Kalte Progression“.

ÜBUNGSBLATT 3

1. Wie können folgende Arten von Inflation bekämpft werden? Welche Schwierigkeiten sind damit verbunden?

a) Konsumnachfrageinflation

b) Staatsausgabeninflation

c) Kosteninflation

2. Erklären Sie den Begriff „Geldmengeninflation“.

3. Ergänzen Sie folgende Abbildung.



ÜBUNGSBLATT 4

1. Was versteht man unter Giralgeldschöpfung?

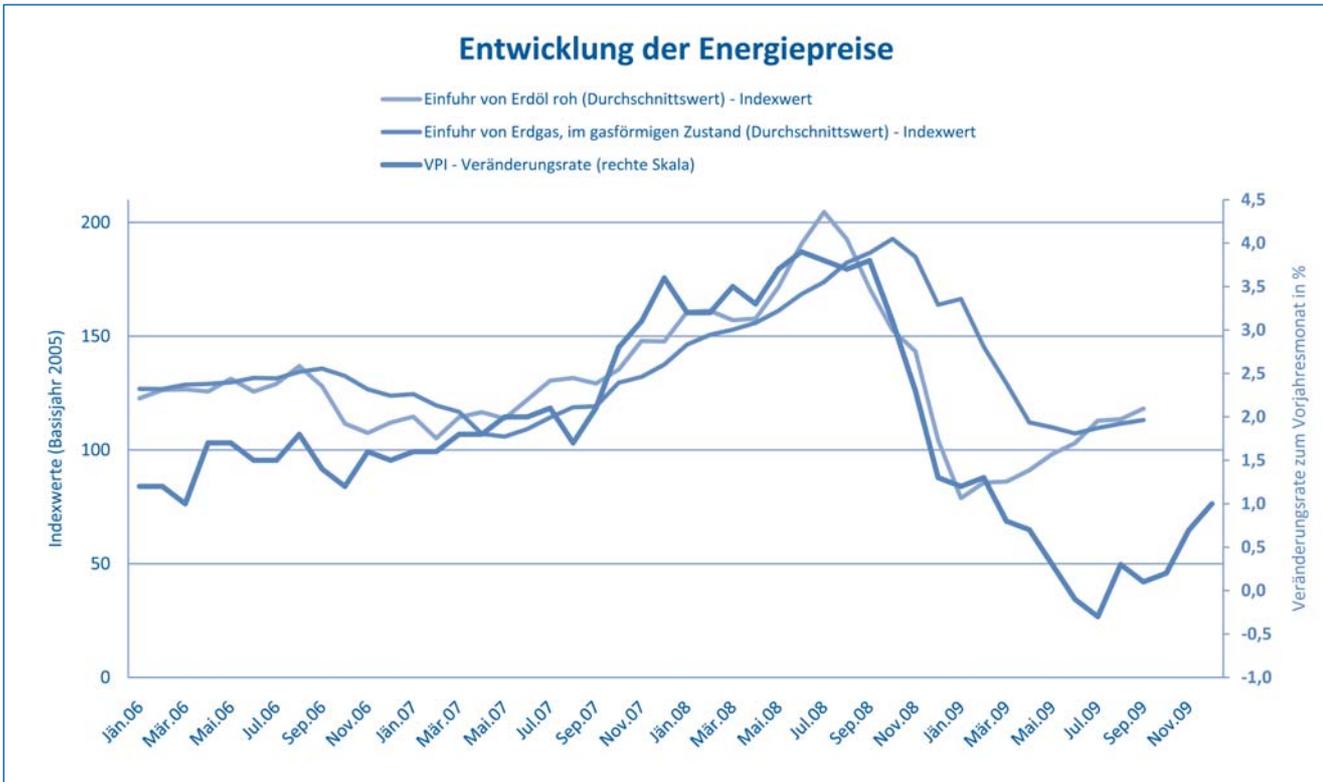
Recherchetipp: http://www.oenb.at/de/ueber_die_oenb/wirtschaft/

2. Richtig oder falsch? Stellen Sie die falschen Aussagen richtig.

Aussage	richtig	falsch	Richtigstellung
Die Inflationsrate liegt in Österreich in den letzten 25 Jahren auf konstant hohem Niveau.			
Energieausgaben und die Instandhaltung von Wohnungen waren in den letzten Monaten mit der Teuerung die „Inflationstreiber“.			
Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Inflation weiter in die Höhe getrieben.			



3. Interpretieren Sie bitte folgende Grafiken.



ÜBUNGSBLATT 5

1. Der Preis einer Packung Spaghetti verändert sich über die Jahre wie folgt:

2006	2007	2008	2009	2010
1,15 Euro	1,20 Euro	1,20 Euro	1,30 Euro	1,35 Euro

Rechnen Sie die Inflationsraten der einzelnen Jahre unter Verwendung der Inflationsformel aus.

	2007	2008	2009	2010

2. Recherchieren Sie Länder, in denen es in den letzten Jahren sehr hohe Inflationsraten oder sogar Hyperinflation gegeben hat. Gibt es Hinweise wie die Bevölkerung darauf reagiert?

3. Was versteht man unter den Geldmengen M₁, M₂ und M₃. In welcher Beziehung steht die Geldmenge zur Inflation?

4. Notieren Sie auf der Website <http://www.bundesschatz.at> die angebotenen Zinssätze für die unterschiedlichen Laufzeiten und ermitteln Sie nach Abzug der Kapitalertragssteuer von 25 % auf den Nominalzinssatz den Realzins auf Basis einer angenommenen jährlichen durchschnittlichen Inflationsrate von 1,5 %.
5. Auf der Website des deutschen Bundesamtes für Statistik findet sich unter der nachfolgenden Internetadresse ein persönlicher Inflationsrechner:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/SVG/IndexrechnerSVG,templated=renderSVG.psm1>

Überlegen Sie, welche Ausgabengewohnheiten Sie und Ihre Familie haben und geben diese in den Inflationsrechner ein. Wie groß ist die Abweichung der Inflation/Änderung der Verbraucherindizes gegenüber der allgemeinen Inflation? Stellen Sie Ihre Ergebnisse in einer Übersicht dar.



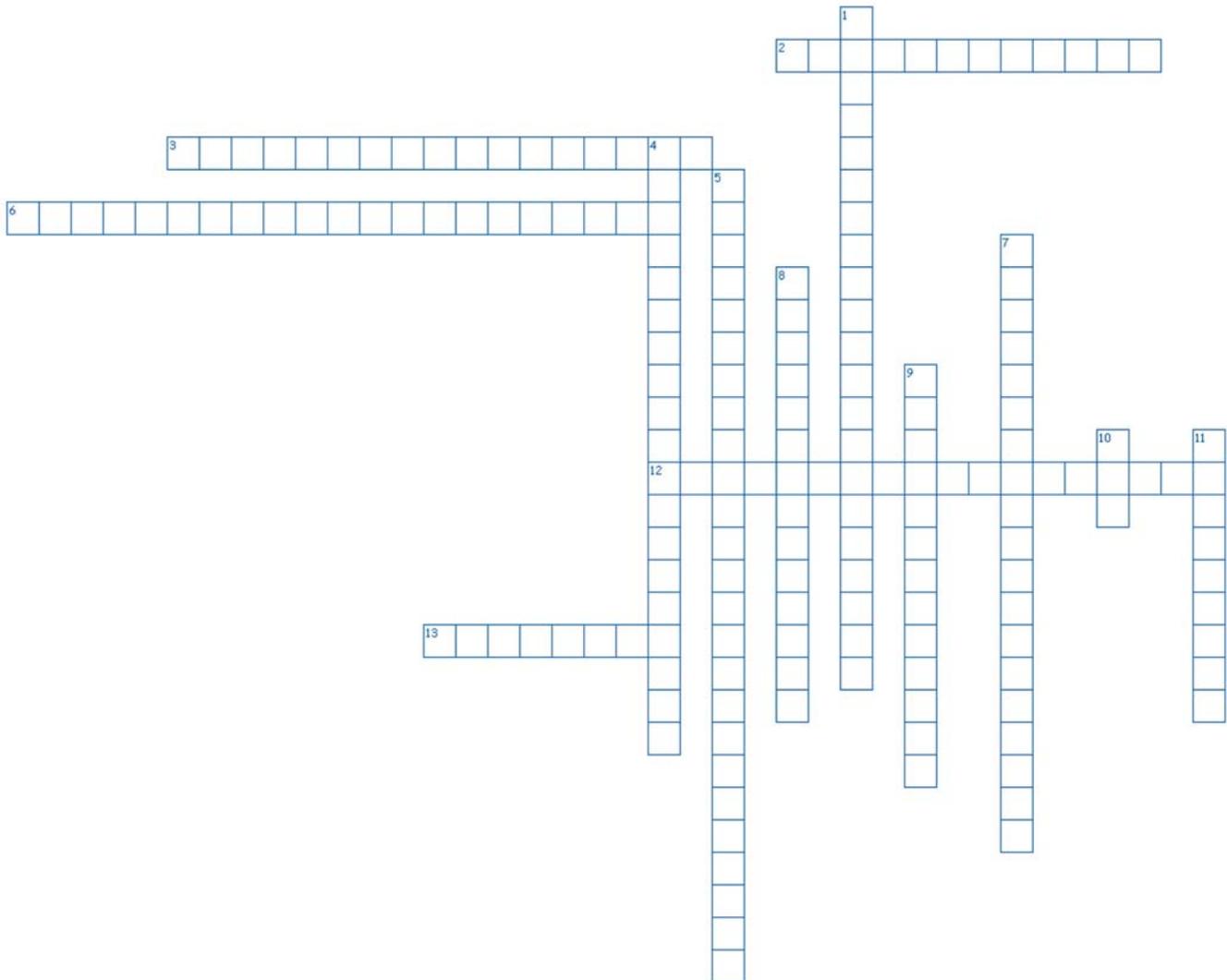
ÜBUNGSBLATT 6

Waagrecht

- 2. Wichtige Konjunkturindikatoren
- 3. Warengruppe im Verbraucherpreisindex
- 6. Vertragliche Vereinbarung, um die Geldentwertung zwischen Vertragsschluss und Zahlungszeitpunkt auszugleichen
- 12. Massive Preissteigerungen bei Waren und Dienstleistungen
- 13. Statistisches Amt der EU mit Sitz in Luxemburg

Senkrecht

- 1. Gängiges Preisniveaumaß
- 4. Zu große Geldmenge im Vergleich zur Produktionsleistung
- 5. Entspricht dem Verhältnis Geldmenge zu Geldbasis
- 7. Geldpolitische Operationen, die durch die Zentralbank veranlasst sind
- 8. Preisindex für die täglichen Einkäufe
- 9. Inflationstypus
- 10. US-amerikanische Zentralbank
- 11. Negative Wachstumsrate des Preisniveaus



ÜBUNGSBLATT 7: PRESSETEXT

In der Zeitschrift FOCUS Ausgabe 4/10 findet sich eine ausführliche Reportage zum Thema Inflation mit dem Titel „Mr. Inflation“:
http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/tid-17228/wirtschaft-mister-inflation_aid_473550.html.

Lesen Sie die Texte und beantworten Sie nachstehende Fragen.

1. Welches Verhältnis zur Inflation hat die Deutsche Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank?
Welches Verhältnis hat die amerikanische Zentralbank Fed zur Inflation?

2. Was macht eine Zentralbank mit den Leitzinsen, um eine hohe Inflation zu bekämpfen?

3. Wie wirkt hohe Inflation auf die Staatsverschuldung?

4. Wie werden im Artikel die negativen Folgen hoher Inflation beschrieben?

LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Übungsblatt 1

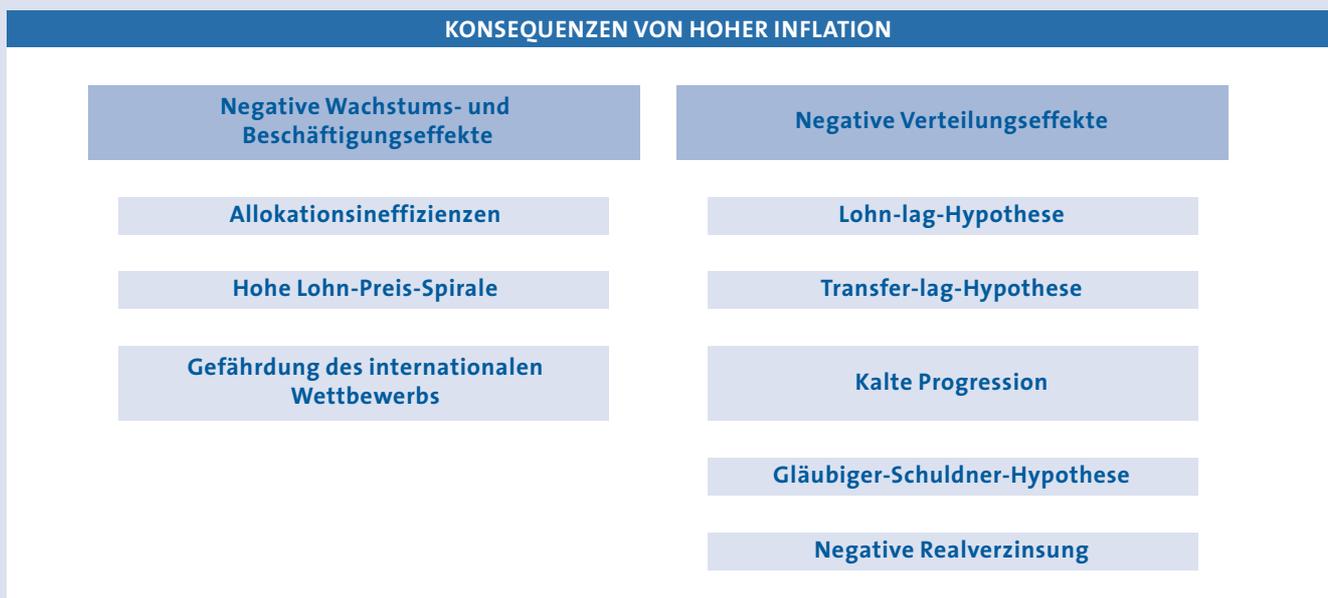
1.



2. Die Wertsicherungsklausel (auch Preisklausel) ist eine vertragliche Vereinbarung, durch die Geldsummenschulden wertbeständig gemacht werden sollen, um die Geldentwertung zwischen Vertragsschluss und Zahlungszeitpunkten auszugleichen (z.B. bei Mietverträgen, Energieliefervereinbarungen etc.). Die Anpassungen orientieren sich an bestimmten Preisindizes.
3. 3 Gesundheitspflege
 4 Erziehung und Unterricht
 1 Wohnung, Wasser Energie
 2 Freizeit und Kultur

Übungsblatt 2

1. Es handelt sich um eine subjektiv wahrgenommene Inflation, die in den vergangenen Jahren immer höher lag als die, an Hand des Verbraucherpreisindex gemessene Inflation. Bei Gütern des täglichen Bedarfs nimmt man Preisänderungen persönlich bewusster wahr.
- 2.



3. Kalte Progression ist die Bezeichnung für eine Steuer Mehrbelastung, die dann eintritt, wenn Lohnerhöhungen nicht höher als die Inflationsrate sind und gleichzeitig die Einkommensteuersätze bzw. die dazugehörigen Steuergrenzen nicht der Inflationsrate angepasst werden.

Übungsblatt 3

1. a) Eine überhöhte Konsumnachfrage kann einerseits durch Lohn- und Einkommensteuererhöhungen und andererseits durch eine Erhöhung des Leitzinses bzw. Liquiditätsverknappung seitens der Zentralbank gedämpft werden.
 b) Eine übermäßige Investitionsnachfrage kann durch Erhöhung der Gewinnsteuern z.B. der Körperschaftsteuer wie auch durch geldpolitische Reaktion (Zinserhöhung, Liquiditätsverknappung) abgeschwächt werden.
 c) Die übermäßige Staatsnachfrage kann durch Rückführung der Staatsausgaben und ebenso über eine kontraktive Geldpolitik gedämpft werden.
2. Geldmengeninflation hat ihre Ursache in einer, über die Steigerung des Warenangebots hinausgehenden übermäßigen Geldmenge. Die Preise steigen, wenn zu viel Geld in Umlauf gesetzt wird.
- 3.



Übungsblatt 4

1. Geschäftsbanken benötigen Zentralbankgeld von der EZB für ihr Kreditgeschäft, da sie Barauszahlungen an ihre Kunden tätigen und einen bestimmten Prozentsatz der Kundeneinlagen bei der EZB hinterlegen müssen. Die EZB steuert geldpolitisch, indem sie den Geschäftsbanken Zentralbankgeld zuführt bzw. entzieht. Dies wirkt sich unmittelbar auf der Kreditvergabe aus. Die Kreditvergabe ist die wichtigste Quelle für die Geldentstehung (Giralgeldschöpfung), wodurch die EZB in der Lage ist die Geldmenge zu steuern.
- 2.

Aussage	richtig	falsch	Richtigstellung
Die Inflationsrate liegt in Österreich in den letzten 25 Jahren auf konstant hohem Niveau.		X	Während der letzten 25 Jahre war die österreichische Wirtschaft von niedrigen Inflationsraten geprägt, die maximal um die drei Prozent betragen.
Energieausgaben und die Instandhaltung von Wohnungen waren in den letzten Monaten mit der Teuerung die „Inflationstreiber“.	X		
Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Inflation weiter in die Höhe getrieben.		X	Die Inflation ging im Jahr 2009 im Durchschnitt deutlich zurück (z.B. durch gesunkene Treibstoffpreise). Sie betrug im Jahr 2009 0,5 % und wies damit den zweitniedrigsten Wert seit dem Zweiten Weltkrieg auf.

3. Individuelle Schülerlösung. Lösungshinweise siehe Sachinformation Seite 17f.

Übungsblatt 5

1.

	2007	2008	2009	2010
Inflationrate in %	4,3	0,0	8,3	3,8

- Zum Beispiel gibt es Kirgisien und in Zimbabwe eine Hyperinflation.
- M1 umfasst den Bargeldumlauf sowie die täglich fälligen Einlagen. M2 besteht aus M1 sowie Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren und Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten. M3 umfasst M2 sowie Rückkaufvereinbarungen, Geldmarktfondsanteile und Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren.
- Realzinsrechnung Bundesschatz; Stand: 17. Mai 2010

Zinssatz: p.a.	1 Monat (BS1)	3 Monate (BS3)	6 Monate (BS6)	12 Monate (BS12)	2 Jahre (BS24)	4 Jahre (BS48)	5 Jahre (BS60)	10 Jahre (BS120)
für Geldeingänge	0,10%	0,30%	0,60%	0,80%	1,00%	2,00%	2,40%	4,00%
Nach Abzug der Kest (25%)	0,075%	0,225%	0,450%	0,600%	0,750%	1,500%	1,800%	3,000%
Inflation	1,500%	1,500%	1,500%	1,500%	1,500%	1,500%	1,500%	1,500%
Realzins	-1,425%	-1,275%	-1,050%	-0,900%	-0,750%	0,000%	0,300%	1,500%

5. Individuelle Schülerlösung

Übungsblatt 6

- Verbraucherpreisindex
- Preisindizes
- Gesundheitspflege
- Geldmengeninflation
- Geldschöpfungsmultiplikator
- Wertsicherungsklausel
- Offenmarktgeschäfte
- Mikrowarenkorb
- Kerninflation
- Fed
- Deflation
- Inflationsprozesse
- Eurostat

Übungsblatt 7: Presstext

- Die US-Fed betreibt eine „lockere“ Geldpolitik mit einer stark expandierenden Geldmenge, die eine ansteigende Inflation erwarten lässt. Die EZB hat als oberstes Ziel, die Wahrung der Preisstabilität.
- Zur Bekämpfung der Inflation erhöhen die Zentralbanken die Leitzinsen.
- Hohe Inflation bringt eine Entwertung der Staatsschuld.
- Die Kaufkraft sinkt. Unternehmerkredite werden teurer. Die Erträge von Festgeld und Anleihen werden aufgezehrt. Bei Hyperinflation verliert Geld seine Wertaufbewahrungsfunktion und muss sofort ausgegeben werden.

WELCHEN ZWECK ERFÜLLEN DIE PREISINDIZES?

Information für die Bevölkerung über die Teuerung

Wichtige Rolle für die Bestimmung der Geldmengenpolitik
der Europäischen Zentralbank

Anhand es BIP-Deflators wird das nominale Bruttoinlandsprodukt
in das reale Bruttoinlandsprodukt übergeführt

Wichtiger Indikator für die Lohnpolitik zur Ermittlung der Reallöhne

Bezugspunkt für die Veränderung kontaktbestimmter Einkommen
wie Mieten und Sozialleistungen

WELCHE EFFEKTE KANN EINE HOHE INFLATIONSRATE BRINGEN?

Negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte

Allokationsineffizienzen

Lohn-Preis-Spirale

Gefährdung des internationalen Wettbewerbs

Negative Verteilungseffekte

Lohn-lag-Hypothese

Transfer-lag-Hypothese

Kalte Progression

Gläubiger-Schuldner-Hypothese

Negative Realverzinsung

INFLATIONSURSACHEN UND INFLATIONSBEKÄMPFUNG – NACHFRAGEINFLATION

HAUSGEMACHTE INFLATION

Konsumnachfrage-
inflation

Lohn-und Einkom-
mensteuererhöhung

Zinserhöhung,
Liquiditäts-
verknappung

Investitions-
nachfrageinflation

Erhöhung
Gewinnsteuern

Zinserhöhung,
Liquiditäts-
verknappung

Staatsnachfrage-
inflation

Senkung
Staatsausgaben

Zinserhöhung,
Liquiditäts-
verknappung

IMPORTIERTE
INFLATION

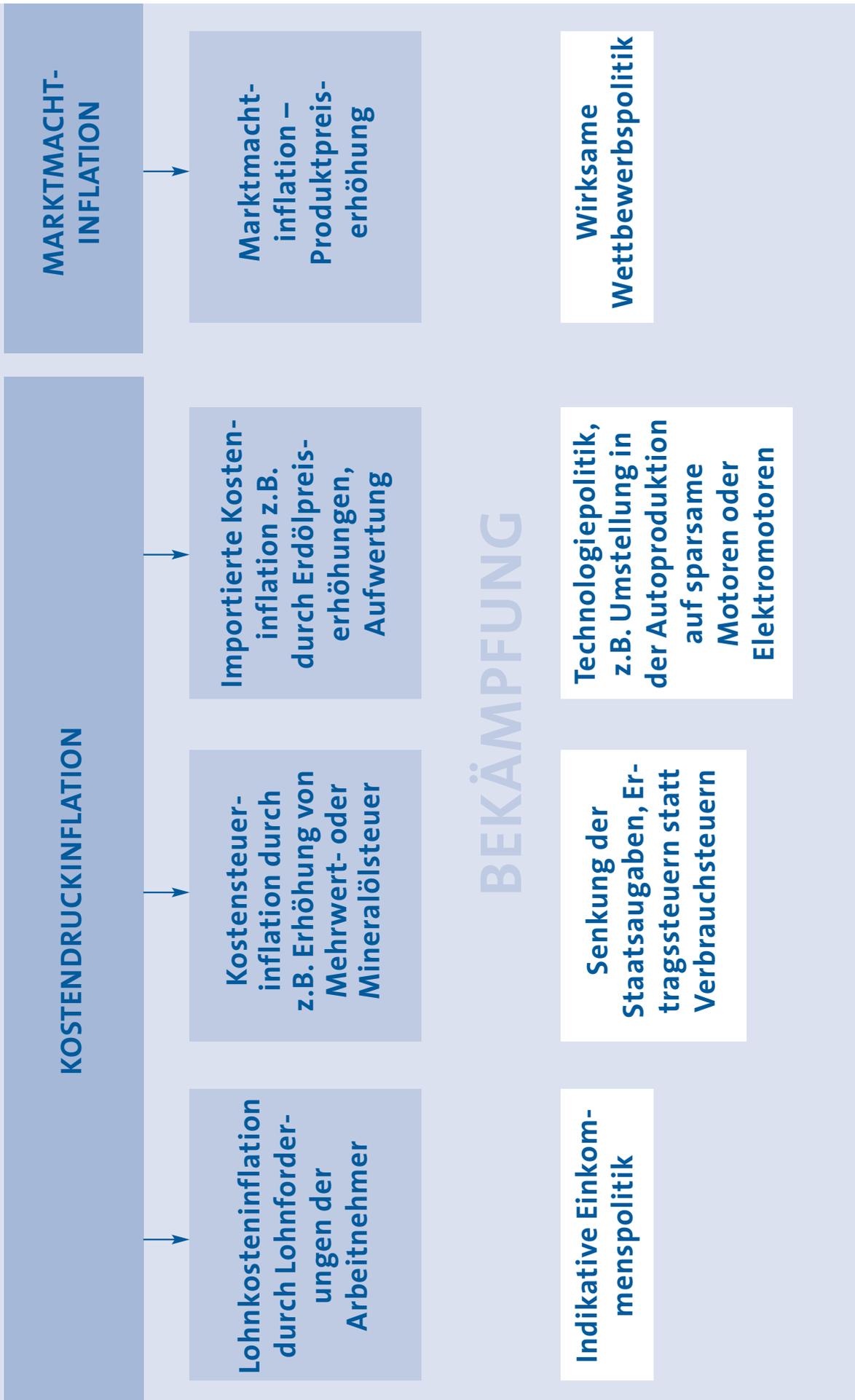
Expornachfrage

Rücknahme
Exportförderung

Aufwertung der
heimischen
Währung

BEKÄMPFUNG

INFLATIONSURSACHEN UND INFLATIONSBEKÄMPFUNG – ANGEBOTSinFLATION



INFLATIONSURSACHEN UND INFLATIONSBEKÄMPFUNG – GELDMENGENINFLATION

GELDMENGENINFLATION

Ursache

Zu große Geldmenge im Vergleich zur Produktionsleistung

Bekämpfung

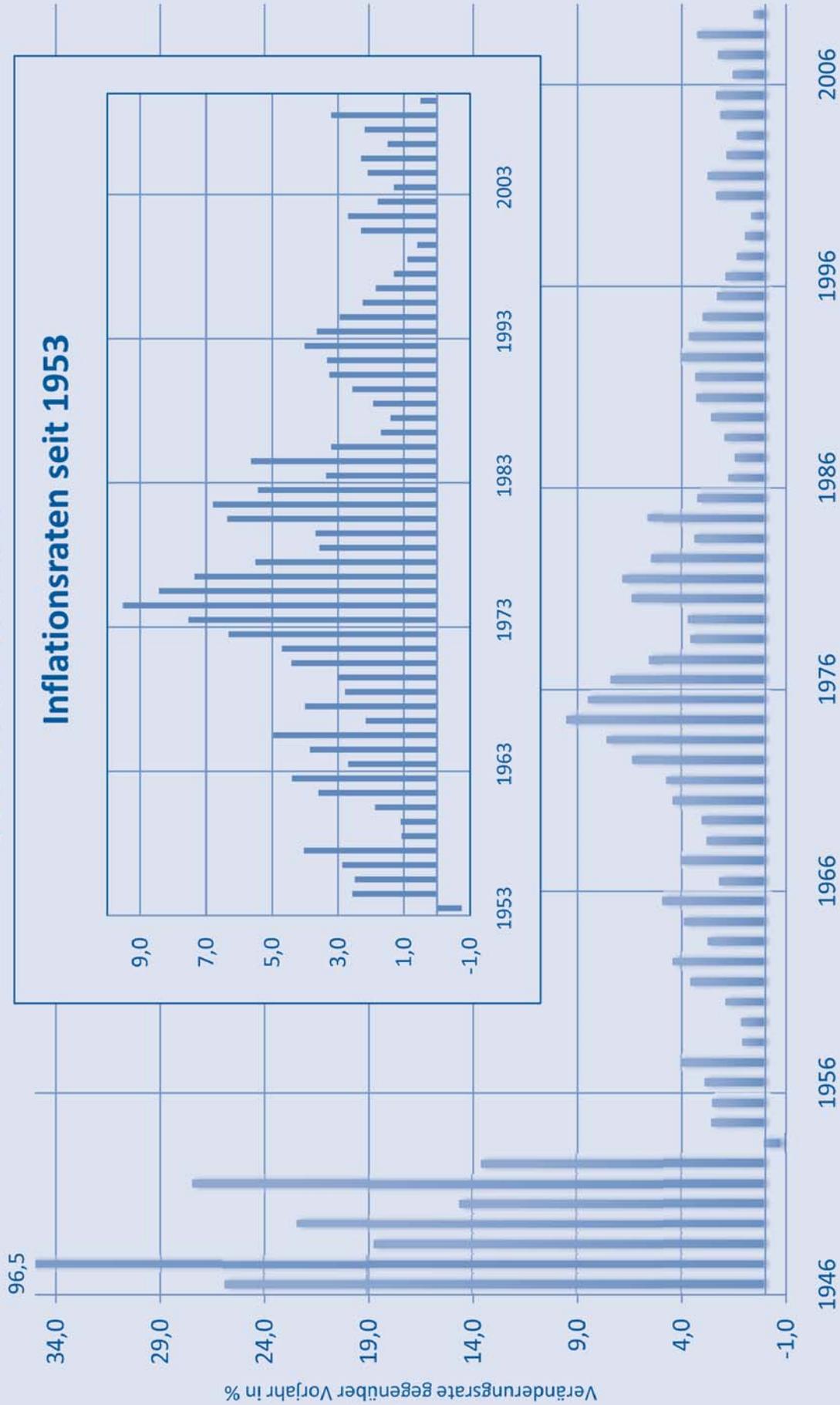
Verknappung und Verteuerung der Zufuhr
von Zentralbankgeld in das Geschäftsbankensystem;

INSTRUMENTE:

- Offenmarktgeschäfte
- ständige Fazilitäten
- Mindestreserven

JAHRESINFLATION 2009 – LANGFRISTIGE ENTWICKLUNG

Inflationsraten seit 1945



AWS-Medienpaket „Österreichs Wirtschaft im Überblick“ erscheint im Herbst 2010

Aktuelle Fakten und Zahlen zu allen Wirtschaftssparten Österreichs

- Handel
- Industrie
- Gewerbe und Handwerk
- Transport und Verkehr
- Wirtschaftsdienstleistungen
- Tourismus und Freizeitwirtschaft
- Banken und Versicherungen

In der Printausgabe ist das Medienpaket zu einem Preis von 10,- Euro (exkl. Versandkosten) zu beziehen, der Download auf der AWS-Website ist frei.



WIR BRINGEN DIE WIRTSCHAFT INS KLASSENZIMMER



Die AWS ist Partner
des **Bildungscluster-Büros**.

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

IMPRESSUM

Medieninhaber:

AWS Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule im
Rahmen des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft,
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Die *Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule (AWS)* ist
eine Initiative von *Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)* und
Österreichischem Sparkassenverband und ist als Projekt am
Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw),
Rainergasse 38, 1050 angesiedelt.

Leiter: Mag. Josef Wallner

Inflation – Wird hohe Inflation wieder zum Thema?
Autor: Dr. Ralf Kronberger

Redaktion: Gudrun Dietrich, Josef Wallner

Gestaltung: www.designag.at

